



Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin  
[kontakt@berliner-frauenbund.de](mailto:kontakt@berliner-frauenbund.de)  
[www.berliner-frauenbund.de](http://www.berliner-frauenbund.de)

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,  
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 9. November 2024

## **Newsletter des BFB 1945 e.V. – November 2024**

- I. BFB 1945 e.V. als frauen\*politische Akteurin**
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter**
- IV. Verschiedenes aus dem frauen\*- und gesellschaftspolitischem Umfeld**

Liebe Frauen\* und liebe Engagierte,

**der Tod von Ebba Christiansen, 34 Jahre lang Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V., am 3. November 2024 hat uns tief getroffen.** Sie war die erste Frauenbeauftragte Berlins, war in den vergangenen drei Jahrzehnten die Säule des Berliner Frauenbundes, hat viele Vorstände geleitet und war bei der Gründung und Stabilisierung aller unserer Projekte beteiligt.

Wir werden **ihr zu Ehren und zum Gedenken am Sonntag, den 24.11.2024, 14.30 Uhr, eine Feier durchführen.** Ihr seid herzlich aufgerufen, diese Gedenkfeier durch eure **Erlebnisse und Erinnerungen mit Ebba zu bereichern.** Erinnernde melden sich bitte unter [kontakt@berliner-frauenbund.de](mailto:kontakt@berliner-frauenbund.de) an. Diejenigen, die ohne eigenen Beitrag gerne teilnehmen möchten, melden sich bitte an unter <https://berliner-frauenbund.de/events> (vgl. auch unter I.).

**Der 6. November war für mich, ist für viele von uns ein nachhaltig politisch aufwühlender Tag:** Nach dem Wachwerden war klar, dass Donald Trump der nächste Präsident Amerikas wird – und am Abend kam es zum Bruch der seit langem zerstrittenen Fortschrittsregierung. Nicht vergessen wollen wir auch die noch ungeklärten Sondierungsgespräche bzw. beabsichtigten Koalitionsgespräche in Thüringen, Sachsen und Brandenburg.

Zur derzeitigen **Machtfage um den Termin für die Vertrauensfrage** kann ich nur sagen: Wir Berliner\*innen haben Erfahrung damit, wenn nicht alles getan werden konnte, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung von

Wahlen zu garantieren. Die vom Gericht festgestellte Notwendigkeit zur Durchführung von zwei Nachwahlen möchte ich nicht noch einmal erleben – schon gar nicht dann ggf. bundesweit.

Vor lauter Tauziehen gehen wichtige Fragen unter: So u.a. **welche insbesondere für die Frauen\* und Gleichstellungspolitik relevanten Gesetzesvorhaben können noch beschlossen werden**: Entkriminalisierung des § 218, Gewalthilfegesetz, Bundestariftreuegesetz, EU-Entgelttransparenz-Richtlinie, AGG-Reform, etc.. Die Aussichten sind nicht rosig: **Deshalb ist es um so wichtiger, dass jeder entsprechende Aufruf unterschrieben wird, dass jede entsprechende Demo – z.B. am 25.11. und am 7.12.2024 - besucht wird und dass jede\* von uns sich an die Bundestagsabgeordneten der demokratischen Parteien wendet**, um auf UNSERE Interessen hinzuweisen. Die Aussichten sind düster: Es bleibt kaum noch Zeit, um die Legalisierung von Abtreibungen zu erreichen und mehr gegen Diskriminierung zu tun. Wir müssen einzeln und gemeinsam Druck machen! (vgl. auch I.)

Der **9. November ist ein Tag mit viel Historie**: Ich bin immer noch dankbar für den Fall der Mauer und bedanke mich bei den vielen, die sich an der Open-Air-Installation mit einem der 5.000 Plakate zum Motto „Wir halten die Freiheit hoch“ beteiligt haben. Was für ein Gegensatz dazu: Auch heute, 86 Jahre nach den Novemberpogromen der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung, finden schändliche Ausschreitungen statt. Jede\*r Demokrat\*in trägt Verantwortung bei der Bekämpfung von Antisemitismus!

**Ob Europa auch weiterhin der Motor der Gleichstellung ist**, muss sich erst noch zeigen: Ursula von der Leyen hat es nicht geschafft, eine paritätisch besetzte Kommission vorzustellen. Dies alleine ist ein schlechtes Zeichen für die Zukunft der Gleichstellung, deutet es doch an: Die Regierungen vieler Mitgliedstaaten haben noch immer nicht verstanden, wie wichtig Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen für das Wohl Aller und die weitere Gleichstellung der Geschlechter sind. Leider geht Gleichstellung im Portfolio der belgischen designierten Kommissarin Hadja Lahbib - Titel: „Kommissarin für Vorbereitung und Krisenmanagement sowie Gleichstellung“ - unter. Von Themen wie Angriffe auf Frauenrechte oder Bewegungen gegen den Feminismus und Gleichstellung kaum eine Spur. Und dies alles in Zeiten, in denen „Alltagsterror“ Frauen bedroht, in denen Tötungen von Frauen durch ihre Männer, Partner oder Exmänner, sogenannte Femizide, in Europa stetig zunehmen und Frauenhass immer offener gelebt wird. Fakt ist: Hier muss dringendst nachgearbeitet werden! Wir brauchen mehr Fortschritte für Frauenrechte und Gleichstellung!

Ich kann gar nicht abschätzen, was der Streit um den Nachtragshaushalt 2024 bzw. den vorläufigen bzw. ordentlichen Bundeshaushalt 2025 für die schwierigen **Haushaltsberatungen im Land Berlin** bedeutet. Die Unsicherheit ist auf allen Ebenen eh groß (vgl. auch unter I.). Ich unterstütze die zahlreichen Aufrufe und Stellungnahmen des Paritätäters u.a. mit der Aussage „Bei der Sozialen Arbeit in Berlin zu kürzen, heißt, Angebote und Leistungen für Berlinerinnen und Berliner zu streichen!“. Gemeinsam (vgl. <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/konsolidieren-aber-richtig> ) sind wir der Haltung:

## **„KEIN SPAREN NACH DER RASENMÄHER-METHODE**

Ein Haushalt, der den Anspruch hat, die Stärken Berlins weiter auszubauen und den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten, lässt sich nicht mathematisch aufstellen. Deswegen lehnen wir eine rein quotale Kürzung in einzelnen Einzelplänen oder einzelplanübergreifend in bestimmten Hauptgruppen ab. Die besondere Situation macht es erforderlich, dass sich die einzelnen Senatsverwaltungen ihrer Verantwortung für den Gesamthaushalt bewusst sind und entsprechende Vorschläge unterbreiten, die sodann unter dem Blickwinkel Zukunftsfähigkeit und soziale Ausgewogenheit politisch bewertet werden können. Die SPD Berlin erwartet, dass dabei Investitionen preiswerter gestaltet und Produktivitätssteigerungen nicht zuletzt durch verstärkten IT-Einsatz verwirklicht werden.“

## **„KEINE PAUSCHALE KÜRZUNG BEI FREIWILLIGEN SOZIALEN LEISTUNGEN**

Die erforderliche Konsolidierung darf nicht dazu führen, dass wir unseren Grundsatz Guter Arbeit bei der Ausführung staatlicher Tätigkeiten in der Verwaltung oder bei von ihr beauftragten Trägern untergraben. Deswegen bleiben wir bei unserer Forderung der Anpassung des Landesmindestlohns bei Auftragsvergaben sowie einer Umsetzung von Lohnentwicklungen auch bei den freien Trägern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss innerhalb der Verwaltung, aber auch für beauftragte Organisationen gelten. Verantwortungsvolle Finanzpolitik bedeutet für uns nicht zuletzt, freiwillige soziale Leistungen nicht nach Rasenmäher- Prinzip zu kürzen, sondern diese als tragende Säulen in unseren Kommunen sowie für den Erhalt des sozialen Friedens in der gesamten Stadt zu sichern.“. Notwendig sind für die Berliner\*innen verlässliche Perspektiven in allen Lebenslagen.

**Große Sorgen macht mir die nicht geringer werdende Einkommensungleichheit und Armut in unserer Gesellschaft. Materielle Einschränkungen und Zukunftssorgen gehen vor allem bei ärmeren Menschen mit einer Distanzierung von staatlichen und politischen Institutionen einher. Weniger als die Hälfte der Armen und der Menschen mit prekären Einkommen findet, dass die Demokratie in Deutschland im Großen und Ganzen gut funktioniert. Sie sehen für sich auch keine Möglichkeit, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen.** Rund ein Fünftel vertraut dem Rechtssystem allenfalls in geringem Maße. Was können wir tun für die Betroffenen als auch für unsere Demokratie? Entscheidend ist, dass das Teilhabeverprechen glaubhaft erneuert wird. Nötig ist die Stärkung von Institutionen und Instrumenten: Dazu zählen u.a. Tarifverträge, eine auskömmliche gesetzliche Rente und eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, funktionierende Verkehrswege und moderne Energienetze, ein für alle gutes Bildungs- und Gesundheitssystem.

Mit feministischen Grüßen  
Mechthild Rawert



Dieses für uns so wichtige Thema hat mit dem Bruch der Fortschrittskoalition noch an Relevanz gewonnen. Was wird aber gesetzgeberisch noch umgesetzt?

Das Volk ist weiblich, männlich und divers. Warum sind Frauen in unseren Parlamenten gleichwohl noch immer deutlich unterrepräsentiert? Was sind die Konsequenzen? Warum und wie muss das Wahlrecht geändert werden, damit Frauen endlich einen chancengleichen Zugang zu den Parlamenten erhalten?

Bitte melden Sie sich an unter: <https://berliner-frauenbund.de/events/>

### **3. Einladung zur Gedenkfeier für Ebba Christiansen**

In liebevoller Erinnerung nehmen wir gemeinsam Abschied von Ebba Christiansen, engagierte Feministin, langjährige Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.. Teilen wir unsere privaten, beruflichen und vereinspezifischen Erinnerungen an Ebba miteinander:

**wann: Sonntag, den 24. November, 14.30 Uhr**

**wo: Berliner Frauenbund 1945 e.V., Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin**

Wir wollen eine Feier des Gedenkens und anschließenden Zusammenseins begehen.

Wir bitten um deine, Ihre Anmeldung:

- als Teilnehmerin unter <https://berliner-frauenbund.de/events/>
- als Inputgeberin von Erinnerungen unter [kontakt@berliner-frauenbund.de](mailto:kontakt@berliner-frauenbund.de)  
Auf diese Weise können wir die Beiträge ein wenig sortieren.

### **EBBA CHRISTIANSEN**

Wir verlieren mit Ebba eine frauen\*-, gleichstellungs- und sozialpolitisch engagierte Frau, die aktiv Netzwerke schuf und bediente. Sie war die erste Frauenbeauftragte Berlins. Als Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V. hat sie für die Berlinerinnen wichtige Infrastruktur-Projekte ins Leben gerufen und tatkräftig unterstützt. Sie hat sich über Jahrzehnte hinweg mit unermüdlichem Einsatz für die Verbesserung der Lebenssituation vieler Berliner\*innen verdient gemacht und 2024 dafür die Goldene Ehrennadel des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin erhalten. Ihr Engagement war verbundenen mit den emanzipatorischen Frauenbewegungen.

Ebbas Einsatz ging jedoch über die Gründung und Etablierung von Projekten hinaus: Er zeigt sich in der breiten zivilgesellschaftlichen Interessensvertretung, der aktiven Teilnahme an öffentlichen Diskussionen sowie an den zahlreich durchgeführten Veranstaltungen und Aktionen für emanzipatorische und soziale Belange. Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. hat unter ihrer Leitung wichtige Anliegen in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht und Lösungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt und umgesetzt. Durch ihren Einfluss werden Gender Mainstreaming und Diversity Management im Verein als Querschnittsaufgaben verstanden. Ebba hat als feministische Akteurin und Netzwerkerin sehr viel dazu beigetragen, institutionelle Strukturen zu verändern, um eine nachhaltige Gleichstellung aller Geschlechter zu erreichen.

#### **4. Gratulation an Forough Hossein-Pour – Unterstützung beim Integrationspreis Charlottenburg- Willmersdorf 2024**

Forough Hossein-Pour, Mitarbeiterin in unserem Projekt KoBRA, ist auch zivilgesellschaftlich engagiert und wurde deshalb in der Kategorie Einzelperson für den Integrationspreis Charlottenburg- Willmersdorf 2024 vorgeschlagen. Du, Sie können für unsere Kollegin stimmen unter:

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/beauftragte/integration/integrationspreis/formular.1393025.php> **Ich finde, Forough hat unsere Unterstützung in der öffentlichen Abstimmung verdient. Bitte stimmt online für Forough ab.**

Vorgeschlagen wurde sie, weil: *„Das Thema Integration und Ankommen ist für Forough Hossein Pour zu einem Lebensthema geworden. Sie musste sich als Flüchtling die Integration erkämpfen und engagiert sich nun in Charlottenburg-Wilmersdorf für andere Menschen, insbesondere für bedürftige Geflüchtete, die sich integrieren wollen. Sie hat Geflüchteten seit mehr als zwanzig Jahren in verschiedenen Rollen geholfen: Als Fernsehjournalistin hat sie zu Fragestellungen der Integrationspolitik sowie der kulturellen Vielfalt gearbeitet, als Sprachmittlerin hat sie Geflüchtete unterstützt sowie als Beraterin sie mit Informationen für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände gestärkt.“*

#### **5. Aufruf zur Beteiligung an der Demonstration „Lasst uns (gewaltfrei) leben!“ am 25.11.2024, 16 Uhr, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin**

Der Countdown läuft: Am 25. November 2024 - am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (Orange Day) zeigen wir Gesicht! Unter dem Motto Lasst uns (gewaltfrei) leben - Istanbul Konvention umsetzen JETZT! ruft ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis darunter der Berliner Frauenbund 1945 e.V. dazu auf, Solidarität mit allen von Gewalt betroffenen Frauen\* zu zeigen und für eine unverzügliche Umsetzung des Berliner Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul Konvention zu demonstrieren.

**Start ist am 25.11.2024 um 16:00 Uhr auf dem Vorplatz des Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin.** Bitte kommt zahlreich und bringt Freundinnen und Freunde mit!!!!

Route: vgl.

<https://www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde/versammlungen-aufzuege/>

**Treffpunkt für BFB-Frauen und -Mitstreiter\*innen:**

**Ab 15.45 Uhr werden wir zusammen mit Fahnen des Berliner Frauenbund 1945 e.V. am Denkmal des Reichsfreiherrn vom und zum Stein auf dem Vorplatz zum Abgeordnetenhaus auf euch warten. Um den Zusammenhalt deutlich zu machen, tragt wenn ihr habt ein Kleidungsstück (Mütze, Tasche, Weste) in orange.**

Die Initiatorinnen bitten ausdrücklich, die Demonstration nicht für andere Themen zu vereinnahmen und keine National- oder Parteiflaggen o.ä. mitzuführen.

Wir möchten größtmögliche **Barrierefreiheit** schaffen. Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. hat daher bei der Aktion Mensch Mittel für die Gebärdendolmetschung

beantragt, damit auch hörbeeinträchtigte oder gehörlose Menschen den Redebeiträgen folgen können.

Bitte überlegt auch, ob ihr euch vorstellen könnt **als Ordnerin die Demonstration zu begleiten**. Bitte meldet euch dann unter [kontakt@berlinerfrauenbund.de](mailto:kontakt@berlinerfrauenbund.de)

**Frauen und Mädchen sind in diesem Land nicht sicher!** Ob in ihrem Zuhause, an ihrem Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Straße oder im Sportverein - nirgendwo können Frauen Übergriffen ausgesetzt sein. Von anzüglichen Bemerkungen, körperlichen Übergriffen über Catcalling bis hin zu Femiziden - Frauen und Mädchen sind täglich mit den unterschiedlichsten Formen von Gewalt und Diskriminierung konfrontiert, allein weil sie Frauen sind. Noch vor wenigen Jahren wurde jeden dritten Tag eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet, mittlerweile stirbt jeden zweiten Tag eine weitere Frau.

Politik und Gesellschaft sind bislang eine adäquate Antwort schuldig geblieben. Schlimmer noch: es fehlt an Problembewusstsein für das Ausmaß an Gewalt und die damit verbundenen Auswirkungen für Betroffene. Es fehlt die Bereitschaft, umgehend (!) alles Erforderliche (!) zu unternehmen, um die Gewaltspirale zu stoppen.

## **6. Aufruf zur Unterschrift der Petition und zur Teilnahme an der Demonstration am 7. Dezember 2024 in Berlin und Karlsruhe**

**Für viele von uns war ein bedeutsames Versprechen der Fortschrittskoalition die Entkriminalisierung des § 218 sprich die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs.** In vorherigen Newslettern haben wir dargelegt, warum wir als Berliner Frauenbund 1945 e.V. dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung - <https://www.sexuelle-selbstbestimmung.de/> - beigetreten sind. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung besteht aus Beratungsstellen, zahlreichen feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen, Verbänden, Netzwerken, Gewerkschaften und Parteien sowie Einzelpersonen. Wir verteidigen gemeinsam das Recht auf eine selbstbestimmte Sexualität und fordern eine aufgeklärte Familienpolitik.

**Wir rufen zur Unterschrift der EU-Bürger\*innen-Initiative „My Voice, My Choice: Für einen Zugang zu sicheren Abtreibungen“ in ganz Europa auf.** Weitere Informationen sind nachzulesen unter: <https://berlinerfrauenbund.de/2024/11/04/my-voice-my-choice-fuer-einen-zugang-zu-sicheren-abtreibungen/> .

**Wir rufen zur Teilnahme an der Demonstration „Abtreibung legalisieren - jetzt!“ am 7. Dezember 2024, 12.30 Uhr, in Berlin auf.**

**Wir fordern:** Legalisiert Abtreibungen bis zur nächsten Bundestagswahl! Streicht § 218 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch, ersetzt die Beratungspflicht durch ein Recht auf freiwillige Beratung und sorgt für die vollständige Kostenübernahme für alle! Für reproduktive Gerechtigkeit braucht es aber nicht nur die Legalisierung von Abtreibungen. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen diskriminierungsfrei und gerecht sein. Das heißt: frei von Gewalt, frei von Rassismus, frei von Misogynie, Trans- und Queerfeindlichkeit, frei von der

Abwertung behinderter Menschen, frei von ökonomischem Druck und frei von gesellschaftlichen Erwartungen konservativer Familien- und Lebensmodelle. Lasst uns gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle schwangeren Personen selbstbestimmte Entscheidungen treffen können.

Wir werden hierzu im kommenden Newsletter weitere Informationen geben. Bisherige Routenplanung unter:

<https://www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde/versammlungen-aufzuege/> .

## **II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten**

### **1. Teilnahme an Demonstrationen am 25.11. und am 7.12.2024**

### **2. Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. beklagt die seit längerem zu beobachtende eingeschränkte Arbeitsfähigkeit des Landesfrauenrat Berlin e.V. (LFR)**

Uns betrübt diese Situation sehr, war der BFB 1945 e.V. u.a. in Person von Ika Klar (stellv. Vorsitzende des BFB 1945 e.V. und spätere Beisitzerin des LandesFrauenRates Berlin e.V. doch eine der Initiator\*innen der Gründung des LFR 1979 ( vgl. [https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2023/06/230615-BFB1945-Chronik ES DV.pdf](https://berliner-frauenbund.de/wp-content/uploads/2023/06/230615-BFB1945-Chronik_ES_DV.pdf) ). Aber neue Zeiten erfordern ggf. auch neue Strukturen, damit das Ziel der Vertretung von Frauen\*-, Gleichstellungs- und Genderthemen als Querschnittsaufgabe auch tatsächlich durchgesetzt werden können.

Ein Vorschlag ist der **Ausbau der Struktur des Landesfrauenrats zu einem Frauenbeirat, der sich als Interessensvertretung der in Berlin lebenden und handelnden Frauen versteht**. Der Frauenbeirat soll ein beratendes Expert\*innengremium für Gendergerechtigkeit und Gleichstellung sein und direkt der Senatsverwaltung für Gleichstellung angegliedert werden. Dabei soll sich der Aufbau am berlinweiten Landesbeirat für Partizipation (ehemals Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen, <https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipationsbeirat/> ) orientieren.

Dass feministische Strukturen auch in der Verwaltung schlagkräftiger, gender- und vielfaltsorientierter werden müssen, zeigen auch die zumindest mir letztlich **unklaren Vorstellungen zur Fortführung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, welches die Verwaltungen in die Pflicht nahm**. Der letzte Bericht „Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm (GPR) III - Geschlechtergerechtes Leben in einer bewegten Stadt - Rückblick auf die 18. Legislaturperiode 2016 – 2021“ ( <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-3758.pdf> ) ist etliche Jahre alt und von einem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm IV habe ich in dieser Legislatur noch nichts vernommen.

### **3. LNBE: Braucht das Ehrenamt mehr Innovationen?!**

Mit der Förderung von Engagement auch in den eigenen Reihen beschäftigt sich der BFB 1945 e.V. schon seit längerem. **Über die Bedeutung und Wirkung des Ehrenamtes in Berlin und notwendiger demokratischer Strukturen wurde im Fachkreis Zivilgesellschaftsforschung beim Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin e.V. (LNBE) am 29.10.2024 debattiert.** Ich bin dankbar für diese Diskussionen, mehr dazu unter <https://www.lnbe.berlin/aktuelles/neuigkeiten/fachkreistreffen-zivilgesellschaftsforschung-trends-herausforderungen-und-neue-wege-im-engagement/> . Der Impulsvortrag über die Ergebnisse der **Sonderauswertung ZiviZ-Survey für Berlin** ( [https://www.lnbe.berlin/wp-content/uploads/2024/11/Berliner\\_Sonderauswertung\\_ZiviZ-Surveys\\_2023.pdf](https://www.lnbe.berlin/wp-content/uploads/2024/11/Berliner_Sonderauswertung_ZiviZ-Surveys_2023.pdf) ) zeigte einen Aufstieg informeller Engagementformen auf: Rund 30 Prozent der Engagierten verzichten auf klassische Mitgliedschaften und setzen auf flexibel gestaltetes Engagement. Dies kann mit der steigenden Mobilität und Flexibilität im Lebensalltag zusammenhängen. Vereine müssten diese Veränderungen reflektieren. Die Entkopplung von Mitgliedschaft und Engagement bedeute keinesfalls eine Abnahme der Verbindlichkeit – im Gegenteil, junge Engagierte brächten oft gut strukturierte und verbindliche Formen ein. **Spannende Ergänzungen gab es von Dr. Holger Backhaus-Maul von der Universität Halle-Wittenberg und dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ). Er stellte die Bedeutung von Vereinen als stabile Ankerpunkte der Zivilgesellschaft heraus, betonte aber zugleich die Herausforderung, alternative Engagementformen zu integrieren.** Die Zunahme individuell organisierter Aktivitäten führt zu einer weiteren Entkopplung von Mitgliedschaft und Engagement, was langfristig die Finanzierung vieler Vereine beeinflussen könnte, da Mitgliedsbeiträge eine zentrale Einnahmequelle darstellen.

Diskutiert wurde auch darüber, dass sich die soziale Lage vieler Menschen in den letzten Jahren verschärft hat. Diese Einkommens- und Teilhabeungleichheit würde uns auch in den kommenden Jahren begleiten. Derzeit ist zu konstatieren, dass sich viele Menschen Parteien zuwenden, die einfache Antworten geben. **Außerdem sehen wir zunehmend, dass diese Parteien und viele der ihnen folgenden Menschen alles, was auf Zusammenhalt einzahlt, angreift.** Unsere Aufgabe ist, diese Personen mit unseren Angeboten zu erreichen. Dabei sind aber ernst gemeinte Beteiligungsformate in den Blick zunehmen. Scheinformate führen zu Vertrauensverlust.

#### **4. Würdigung des Ehrenamtes durch Beteiligung beim Publikumspreis 2024 der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt**

**Bis zum 17. November findet die Abstimmung über den Deutschen Engagementpreis statt,** der mit 10.000 Euro dotiert ist. Die 50 Bestplatzierten der öffentlichen Abstimmung gewinnen zudem die Teilnahme an einer kostenfreien Weiterbildung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. **Hier geht's zum Publikumsvoting:** <https://www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis> . Das Projekt mit den meisten Stimmen gewinnt! Ich habe für ein Berliner Projekt gestimmt. Bitte stimmen Sie mit ab und würdigen dadurch ehrenamtliches Engagement. Jede abgegebene Stimme ist ein Zeichen von Wertschätzung, das den Beteiligten den Rücken stärkt. Am 9.

Dezember werden wir die Gewinner\*innen ehren und ihr könnt im Livestream bei Alex Berlin mitfeiern.

## **5. 45 Jahre CEDAW – Frauenrechte sind Menschenrechte, keine Verhandlungssache!**

Auch wenn ich wegen COVID nicht dabei sein konnte, freut es mich zu lesen (<https://www.cedaw-allianz.de/2024/10/15/45-jahre-cedaw-frauenrechte-sind-menschenrechte-keine-verhandlungssache/>), dass am 7. Oktober 2024 über 200 Menschen in den Räumlichkeiten der Landesvertretung Baden-Württemberg zusammenkamen, um das **45-jährige Jubiläum der Verabschiedung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW zu feiern und sich über den Stand der Umsetzung in Deutschland auszutauschen**. Ich stimme der Aussage von Bundesfrauenministerin Lisa Paus nur zu: „Eine freie Gesellschaft kann nur eine geschlechtergerechte Gesellschaft sein.“

**Allen ausdrücklich ans Herz legen möchte ich die Keynote von Prof. Dr. Ulrike Lembke: Frauenrechte sind Menschenrechte! - Jubiläumsveranstaltung 45 Jahre UN-Frauenrechtskonvention** (nachlesbar unter: <https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2024/10/Keynote-CEDAW-Prof-Lembke.pdf>). Sie hat Recht: Die UN-Frauenrechtskonvention und ihre Gewährleistungen sind geltendes Recht in Deutschland! Dass sie trotzdem an vielen Stellen nicht umgesetzt sind, wird von der Rechtsexpertin als „Völkerrechtsbruch und Rechtsbruch in Permanenz“ bezeichnet. Dankbar bin ich ihr auch für die vielen Quellenangaben, aus denen wir schöpfen können.

**Ebenso empfehle ich nachdrücklich das Lesen des Grußwortes von Professorin Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte** (<https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2024/10/Grusswort-Prof.Dr.-Beate-Rudolf.pdf>). Sie macht deutlich: „Die UN-Frauenrechtskonvention hat das Potenzial, Frauen ein selbstbestimmtes Leben zu sichern. Nutzen wir sie, um sie Wirklichkeit werden zu lassen. Für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können!“.

**Es freut mich auch, dass beide Frauen die sexualisierte Kriegsgewalt der Hamas am 7.10.2023 scharf kritisieren und die Forderung erheben, dass die sexualisierte Gewalt der Hamas geahndet wird:** Für die nicht mehr benennbare Zahl von jüdischen Frauen, die in brutalster Weise misshandelt und vergewaltigt, als Geiseln verschleppt oder ermordet wurden oder schwer traumatisiert überlebt haben, sowie an ihre Familien und Freund\*innen. Und ebenso für die Frauen und Mädchen, die von der Hamas als menschliche Schutzschilde missbraucht wurden/werden und die jetzt in einem Krieg gefangen sind, in dem nur noch die Logik der Stärke und Gewalt gilt, nicht die Suche nach einer Verhandlungslösung, auf keiner der beiden Seiten.

## **6. Arbeitsplenum der CEDAW-Allianz Deutschland**

Am 8. Oktober 2024 kamen die Mitglieder der CEDAW-Allianz zum zweiten Arbeitsplenum in 2024 zusammen. Leider konnte ich auch hieran nicht teilnehmen. **Ein Beschluss lautet: Künftig wird die CEDAW Allianz die konsequenten und vollumfänglichen Fortschritte der UN-**

**Frauenrechtskonvention systematisch dokumentieren und bewerten, um daraus ggf. weitere Forderungen abzuleiten.**

**Einstimmig verabschiedet wurde auch eine gemeinsame Stellungnahme zu Rechtspopulismus und -extremismus** ( [https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2024/10/Stellungnahme\\_Rechtspopulismus-und-extremismus.pdf](https://www.cedaw-allianz.de/wp-content/uploads/2024/10/Stellungnahme_Rechtspopulismus-und-extremismus.pdf) ). Dort heißt es: „Die in fast allen Parlamenten vertretenen Abgeordneten rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien stehen für frauenfeindliche Positionen [...] Antifeminismus ist dabei häufig mit der Abwertung und Diskriminierung von LGBTIQ\* sowie mit anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit oder Klassismus verbunden. Diesen politischen Entwicklungen müssen Bundesregierung und Landesregierungen mit einer kohärenten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik aktiv entgegensteuern. Die CEDAW-Allianz Deutschland fordert eindringlich, dem Druck rechtsextremer Agitation nicht nachzugeben, sondern die Förderung von Demokratieprojekten und zivilgesellschaftlichem Engagement für Frauenrechte sowie die Gleichstellung der Geschlechter auch zukünftig sicherzustellen.“

**Auch die CEDAW-Allianz will zahlreicher und bunter werden! Uns sind die intersektionalen und vielfältigen Perspektiven in der Allianz wichtig.** Aus diesem Grunde hat die AG Innovation, deren Mitglied ich bin, vorgeschlagen, **auf potenzielle neue Mitglieder zuzugehen. Wir bitten bis zum 16.12.24 um Zusendung von Ideen für - oder auch Selbstbenennungen von - Vereinen und Organisationen per E-Mail an [kontakt@cedaw-allianz.de](mailto:kontakt@cedaw-allianz.de).** **Also macht mit!**

**Mehr ist nachzulesen unter: <https://www.cedaw-allianz.de/2024/10/15/rechtspopulismus-und-extremismus-bedrohen-frauenrechte-arbeitsplenum-der-cedaw-allianz-deutschland/>**

### III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
bis zum 26. Januar 2025: Kostenlose Öffentliche Führungen u.a. jeweils sonntags um 13 Uhr Kostenlos!  Treffpunkt: Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Eingang zum Ort der	<b>Ausstellung: Die Verleugneten. Opfer des Nationalsozialismus 1933 – 1945 – heute</b> Die Ausstellung erinnert an Menschen, die im Nationalsozialismus als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ verfolgt wurden. Ihre Erfahrungen stehen im Zentrum. Zwischen 1933 und 1945 greifen Behörden und Polizei gesellschaftliche Vorurteile auf. Sie kontrollieren, drangsalieren und berauben Zehntausende ihrer Freiheit. Viele werden ermordet.	Mehr Infos: <a href="https://www.die-verleugneten.de/ausstellung/ausstellung/">https://www.die-verleugneten.de/ausstellung/ausstellung/</a>  <a href="https://www.stiftung-denkmal.de/bildungsangebote/vom-13-oktober-2024-bis-zum-26-januar-2025-kostenlose-oeffentliche-fuehrungen-durch-die-">https://www.stiftung-denkmal.de/bildungsangebote/vom-13-oktober-2024-bis-zum-26-januar-2025-kostenlose-oeffentliche-fuehrungen-durch-die-</a>

<p>Information, Cora-Berliner-Straße 1, 10117 Berlin</p>	<p>Die Bundesrepublik, die DDR und Österreich verweigern den Betroffenen eine Entschädigung. Ihre Unrechtserfahrungen werden verleugnet. Im Februar 2020 entschied der Deutsche Bundestag: „Niemand saß zu Recht in einem Konzentrationslager, auch die als ‚Asoziale‘ und ‚Berufsverbrecher‘ Verfolgten waren Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.</p>	<p><a href="#">wanderausstellung-die-verleugneten/</a></p>
<p>12.11.2024, 18:00 Uhr – ca. 21:00 Uhr Spreespeicher, Stralauer Allee 2, 10245 Berlin</p>	<p><b>Forum Frauengesundheit by Hologic</b> <b>Wie viel Europa braucht Frauengesundheit? Idee gut – Umsetzung später?</b> Wir haben mit Nicole Westig (FDP), Maria Noichl (SPD), Dr. med. Nicole Mattern und Prof. Dr. med. Sylvia Thun großartige Expertinnen und mit Raiko Thal einen ausgezeichneten Moderator, der uns durch den Abend führen wird. Welche Rolle spielt Europa bei der Ausgestaltung des Gesundheitswesens in Deutschland generell? Warum ist das wichtig für die Frauengesundheit? Bedarf es einer europäischen Strategie, um die gesundheitliche Versorgung von Frauen zu verbessern, den Zugang zu medizinischer Versorgung und Prävention zu fördern sowie innovative Lösungen durch interdisziplinäre Zusammenarbeit zu entwickeln? Welche Rolle spielt die (Diskussion um die) KI? ExpertInnen und zahlreiche Gäste aus Politik, Wissenschaft, Frauenorganisationen, Verbänden und Krankenkassen diskutieren miteinander.</p>	<p>Anmeldung: <a href="#">Forum Frauengesundheit @ipse.de</a></p>
<p>Dienstag, 12. November – Freitag, 22. November Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin Öffnungszeiten Montag bis Freitag, 08.00 – 20.00 Uhr.</p>	<p><b>Ausstellung</b> <b>Dienstag, 12. November: Eröffnung in Anwesenheit von Hanna Eitel (Fachstelle Bildungsallianzen gegen rechte Ideologien)</b> „zusammentun. solidarisch gegen rechts“ ist eine Ausstellung darüber, wie sich Menschen der extremen Rechten stellen: gemeinsam und solidarisch. Es ist eine Ausstellung über Alltag und Highlights, Scheitern und Angriffe, Hoffnung und Verbündete. Gezeigt werden keine Einzelkämpfer*innen und</p>	<p>Anmeldung zur Ausstellungseröffnung <a href="https://calendar.boell.de/de/event/zusammentun-solidarisch-gegen-rechts-3">https://calendar.boell.de/de/event/zusammentun-solidarisch-gegen-rechts-3</a>  Mehr zur Ausstellung finden Sie hier: <a href="https://crm-gate.boell.de/crm/anonurl.php?u=71003">https://crm-gate.boell.de/crm/anonurl.php?u=71003</a></p>

	<p>Superheld*innen, sondern politische Zusammenschlüsse und deren gemeinsames Tun. Auf 17 Bannern ist zu sehen, was die Gruppen gemeinsam machen. Mit dabei sind: good night white pride Rosenheim, Opferperspektive Brandenburg, die Kontinuierlichen aus Gera, Initiative 19. Februar Hanau und Bildungsinitiative Ferhat Unvar, Lotta – antifaschistische Zeitung, Sinti Union Schleswig-Holstein, Allmende Taucha, my body my choice Saarbrücken, TSV Maccabi Nürnberg.</p>	
<p>13.11. 2024 18 - 20 Uhr Japanisch-Deutsches Zentrum, Saargemünder Str. 2, 14195 Berlin</p>	<p><b>Buchvorstellung: Frauenbewegung in Japan</b> <b>Michiko Mae und Ilse Lenz</b> <b>Einführung und Moderation: Prof. Dr. Verena Blechinger-Talcott (FU Berlin)</b> <b>Kurzvorträge:</b> <b>Prof. Dr. Ilse Lenz (Universität Bochum)</b> <b>Prof. Dr. Michiko Mae (Universität Düsseldorf)</b> <b>Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Claudia Derichs (HU Berlin), Ilse Lenz, Michiko Mae</b></p> <p>Seit über 100 Jahren gibt es in Japan eine starke Frauenbewegung. Im Westen mag dies manche überraschen. In ihren umfangreichen Analysetexten zeigen die Herausgeberinnen Mae und Lenz, warum der Kampf so vieler japanischer Frauen für ihre politischen, ökonomischen und kulturellen Teilhaberechte zugleich auch ein weltweit bedeutender Beitrag zur Modernisierung der männlich zentrierten Moderne ist. Damit eröffnet das Buch in transnationaler und transkultureller Perspektive eine grundlegend neue Sicht auf die japanische Frauenbewegung, aber auch auf Japan selbst in der Moderne bis heute.</p>	
<p>14.11., 16-19 Uhr</p>	<p><b>Digitalkonferenz: Marktplatz Vielfalt: Diversität und Zusammenhalt in Engagement und Ehrenamt</b></p> <p>Unsere Zeit ist geprägt von tiefgehenden Veränderungsprozessen – vom digitalen Wandel, der ökologischen Transformation, den Herausforderungen im gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um diesen Herausforderungen nicht nur zu begegnen, sondern sie aktiv zu</p>	<p>Programm und Anmeldung: <a href="https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/aktuelles/transform_d-digitalkonferenz-marktplatz-vielfalt/">https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/aktuelles/transform_d-digitalkonferenz-marktplatz-vielfalt/</a></p>

	gestalten, bieten wir mit „transform_d“ unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten an. Als Vereine, Engagierte und Ehrenamtliche leistet ihr gemeinsam einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft.	
14.11.2024	<p><b>»Auf dem Weg in eine zukunftsorientierte Demokratie«</b></p> <p>Die Stiftung Mitarbeit lädt zur zweiten Sitzung der Online-Veranstaltungsreihe »Auf dem Weg in eine zukunftsorientierte Demokratie« am 14.11.2024 ein. Gemeinsam mit Ulrich Petschow vom Institut für ökologische Wirtschaftsförderung (IÖW) sollen die Teilnehmenden über neue zivilgesellschaftliche Allianzen für sozial-ökologische Transformationen ins Gespräch kommen. Am Beispiel von umwelt- und sozialpolitischen Verbänden geht Ulrich Petschow folgenden Fragen nach: Welches Kooperationspotenzial bietet sich für zivilgesellschaftliche Akteure an? Welche kooperationshemmenden und -fördernden Strukturen lassen sich identifizieren? Und welche Perspektiven ergeben sich hieraus für das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Allianzen und staatlicher Politik? Im Anschluss an den Beitrag gibt es Raum für Rückfragen und Diskussionen.</p>	<p>Anmeldung und Informationen  <a href="https://www.mitarbeit.de/veranstaltungen/detail/neue_zivilgesellschaftliche_allianzen_fuer_sozial_oekologische_transformationen/">https://www.mitarbeit.de/veranstaltungen/detail/neue_zivilgesellschaftliche_allianzen_fuer_sozial_oekologische_transformationen/</a></p>
Fr., 15.11.2024   9:30 bis ca. 14:30 Uhr   Online	<p><b>UPJ-Praxisforum für Unternehmenskooperationen 2024</b></p> <p>Das Praxisforum ist das jährliche „Szenetreffen“ für regionale Mittler von Unternehmenskooperationen in Deutschland. Und es ist ein Anlaufpunkt für Organisationen, die als Mittler aktiv werden wollen.</p> <p>Schwerpunkte sind gute Beispiele zur Initiierung von Kooperationen zwischen Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und der öffentlichen Verwaltung sowie Anforderungen an die Mittlertätigkeit, Management- und Qualitätsfragen, neue Formate, Entwicklungen und Geschäftsmodelle. Das Praxisforum ist der Ort für den offenen, praxisorientierten Konzept- und Erfahrungsaustausch und gegenseitige kollegiale Unterstützung. Die Themen des Praxisforums sind an</p>	<p>Weitere Infos  <a href="http://www.upj.de">www.upj.de</a>  <a href="http://www.upj.de/praxisforum">www.upj.de/praxisforum</a>  Anmeldung  <a href="https://pretix.eu/upj/praxisforum2024/">https://pretix.eu/upj/praxisforum2024/</a></p>

	den Anforderungen der alltäglichen Arbeit regionaler Mittler orientiert.	
15.11.1994 – Historischer Tag	<b>30jähriges Jubiläum der Verankerung des Satz 2 des Artikel 3 im Grundgesetz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“</b>	
19.11.2024, 18 Uhr, Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin	<b>Parität jetzt! – Einladung zur offenen Mitfrauenversammlung mit Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski</b>  Das Volk ist weiblich, männlich und divers. Warum sind Frauen in unseren Parlamenten gleichwohl noch immer deutlich unterrepräsentiert? Was sind die Konsequenzen? Warum und wie muss das Wahlrecht geändert werden, damit Frauen endlich einen chancengleichen Zugang zu den Parlamenten erhalten? Wir freuen uns, diese und weitere Fragen mit Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski, einer ebenso sachkundigen wie engagierten Kämpferin für ein Paritätisches Wahlrecht zu diskutieren und laden herzlich zu unserer offenen Mitgliederversammlung ein. Achtung: Sie findet diesmal ausnahmsweise an einem Dienstag statt!	Programm und Anmeldung: <a href="https://berliner-frauenbund.de/event/paritaet-jetzt-einladung-zur-offenen-mitgliederversammlung-mit-prof-dr-silke-ruth-laskowski/">https://berliner-frauenbund.de/event/paritaet-jetzt-einladung-zur-offenen-mitgliederversammlung-mit-prof-dr-silke-ruth-laskowski/</a>
19. November 2024, Einlass: 17:30 Uhr   Beginn: 18:00 Uhr, Rathaus Schöneberg, John- F.-Kennedy-Saal (Raum 1110), 10825 Berlin	<b>Buchlesung: Was Familien bei der Geburt erleben und was das mit ihnen macht – mit Lena Högemann*</b> Anlässlich des internationalen Aktionstags „Roses Revolution Day“ am 25. November, der sich gegen Gewalt in der Geburtshilfe einsetzt, und dem am selben Tag stattfindenden Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, laden wir Sie herzlich zur Lesung & Gespräch über Geburten ein – von traumatisch bis selbstbestimmt. Denn viele Frauen* erleben Geburten, die nicht so sind, wie sie es sich wünschen. Jede zweite bis dritte Gebärende erfährt sogar körperliche oder psychische Gewalt. Lena Högemann hat darüber ein Buch geschrieben: *„So wollte ich mein Kind nicht zur Welt bringen!“* Sie erzählt	Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

	<p>darin ihre eigene Geschichte und die von dreißig anderen Personen und hat ausgewählte Expert*innen interviewt. Erleben Sie Lena Högemann live und erfahren Sie mehr darüber, dass nicht bei jeder Geburt das Selbstbestimmungsrecht von Frauen* gewahrt wird.</p>	
<p>20. November 2024, ab 14 Uhr im frizzforum Berlin oder ab 18 Uhr im Livestream</p>	<p><b>Deutschlands größte Studie zur 4-Tage-Woche geht zu Ende: Was war? Und was bleibt?</b>  Friedrich-Ebert-Stiftung und die Hans-Böckler-Stiftung:  Kann die 4-Tage-Woche Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Produktivität steigern?  Kann sie die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit erleichtern?  Welche Auswirkungen hat sie auf die Arbeitgeberattraktivität und Fachkräftebindung?  Und gilt dies gleichermaßen für alle Branchen?</p>	<p>Programm  <a href="https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/filefunctions.download/PLAKON/VERANSTALTUNG/278463/F-1967776157/Programm_20.11.24.pdf">https://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/filefunctions.download/PLAKON/VERANSTALTUNG/278463/F-1967776157/Programm_20.11.24.pdf</a>  Anmeldung  <a href="https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/278463/anmelden">https://www.fes.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/278463/anmelden</a></p>
<p>21. November, 14.00-16.00 Uhr (online)</p>	<p><b>Fachforum gegen Sexismus in Kultur und Medien – Schwerpunkt Film</b>  <b>Gemeinsam mit Claudia Roth,</b> Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, und Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, möchten wir erörtern und erarbeiten, wie Sexismus in Kultur und Medien und insbesondere im Bereich Film entgegengewirkt werden kann.</p>	<p>Anmeldung bis 19. November 2024 unter:  <a href="https://eveeno.com/fachforum_kultur_und_medien">https://eveeno.com/fachforum_kultur_und_medien</a></p>
<p>25.11.2024.  10:00 Uhr    10.30 – 13 Uhr  Festsaal des Abgeordnetenhaus Berlin</p>	<p><b>Vorplatz des Abgeordnetenhauses: Hissen der landeseigenen Anti-Gewalt- Flagge</b>    <b>Veranstaltung »Häusliche Gewalt gegen Frauen – Sanktionslose Straftaten?!« der ÜPFI zum Internationalen Aktionstag "NEIN zu Gewalt an Frauen" »Häusliche Gewalt gegen Frauen – Sanktionslose Straftaten?!«</b>    Diskussion über die Verbesserung des juristischen Umgangs mit Straftaten im Kontext häuslicher Gewalt diskutieren. Wir wollen fragen, wie das Vertrauen von betroffenen Frauen in die Justiz gestärkt werden kann und was die Justiz zur öffentlichen Ächtung von Gewalt gegen Frauen beitragen kann.</p>	<p>Einladung und Anmeldelink für den 25. November 2024:  <a href="https://agh.berlin/anmeldung">https://agh.berlin/anmeldung</a></p>

<p>25. November 2024 um 13:00 Uhr im Casino des Berliner Abgeordnetenhaus Niederkirchnerstra ße 5, 10117 Berlin Einlass ab 12:30 Uhr</p>	<p><b>Einladung zum Empfang zum internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen</b> Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am möchten wir Sie herzlich zu einem gemeinsamen Lunch mit der CDU-Fraktion Berlin und dem Regierenden Bürgermeister einladen. Dieser Tag erinnert uns daran, wie bedeutend und notwendig das Engagement für den Schutz und die Stärkung von Frauen ist. Für uns als CDU-Fraktion ist klar: Unser aller Ziel muss eine Welt sein, in der Frauen und Mädchen überall das gleiche Recht wie Männer haben, selbstbestimmt, frei und in Würde zu leben. Mit Ihrem Einsatz leisten Sie tagtäglich einen entscheidenden Beitrag dazu, Frauen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Ihre Arbeit ist für unsere Stadt unverzichtbar und wird von uns zutiefst geschätzt. Die CDU-Fraktion Berlin und der Regierende Bürgermeister möchten an diesem besonderen Tag die Gelegenheit nutzen, um Ihnen für Ihre wertvolle Arbeit zu danken und mit Ihnen in einen persönlichen Austausch über die gemeinsamen Herausforderungen zu treten.</p>	<p>Anmeldung unter <a href="https://www.cdufraktion-berlin.de/veranstaltungen/fachgespraech-zum-thema-gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/?utm=9b9cfc8f35873a055af7a813fe5fd8ed">https://www.cdufraktion-berlin.de/veranstaltungen/fachgespraech-zum-thema-gewalt-gegen-frauen-und-maedchen/?utm=9b9cfc8f35873a055af7a813fe5fd8ed</a> oder auch telefonisch 030/23252115auch</p>
<p>25.11.2024, 11:00 -17:00 Uhr Ort: Botschaft für Kinder (Inklusionshotel Rossi), Lehrter Straße 66, 10557 Berlin</p>	<p><b>Save the Date: Fachtag der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut</b> <b>„Wer, Wie Was...? - Mitreden und Gestalten - Beteiligung als Schlüssel für eine gelingende Kinderarmutsprävention vor Ort“</b>  Mit der Berliner Strategie gegen Kinderarmut arbeiten wir im Land Berlin und in allen 12 Bezirken aktiv daran, Kinderarmut zu verhindern und Armutsfolgen zu reduzieren. Damit uns das gut und nachhaltig gelingen kann, brauchen wir das Wissen und die Einschätzung jener Gruppen, die hier im Mittelunkt stehen.</p>	
<p>25.11. 2024, 16 Uhr – 18.30 Uhr Startpunkt ist das Berliner</p>	<p><b>Demonstration am Internationalen Tag Gegen Gewalt gegen Frauen</b> <b>Treffpunkt für BFB-Frauen und -Mitreiter*innen:</b></p>	

<p>Abgeordnetenhaus Die weitere Route wird noch bekanntgegeben – vgl. <a href="https://www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde/versammlungen-aufzuege/">https://www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde/versammlungen-aufzuege/</a></p>	<p>Ab 15.45 Uhr warten wir zusammen mit Fahnen des BFB 1945 e.V. am Denkmal des Reichsfreiherrn vom und zum Stein auf dem Vorplatz zum Abgeordnetenhaus auf euch. Durch unsere Kleidung wollen wir uns auch an der UN-Kampagne „Orange the World“ beteiligen, die seit 1991 auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam macht. Von einem breiten Bündnis angemeldete Demo; Anlass: Noch vor wenigen Jahren wurde jeden 3. Tag eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner ermordet, mittlerweile stirbt jeden 2.Tag eine Frau. Im laufenden Jahr 2024 sind in Berlin 28 Frauen von Männern getötet worden. Frauen und Mädchen sind in diesem Land nicht ausreichend geschützt! Ob in ihrem Zuhause, an ihrem Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Straße oder im Sportverein – nirgends können sich Frauen und Mädchen wirklich sicher fühlen. Seit Jahren nimmt geschlechtsspezifische Gewalt zu. Wir fordern, dass die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt JETZT höchste Priorität im Land Berlin wird. Wir fordern, dass die finanziellen Mittel für den Ausbau der Infrastruktur und des Hilfesystems erhöht werden und nicht dem Sparzwang zum Opferfallen. Wir fordern, dass alle Senatsverwaltungen und insbesondere der Regierende Bürgermeister sich dieses Themas annehmen. Wir fordern die Umsetzung des Landesaktionsplans JETZT!</p>	
<p>25.11.2024, 19.00 Uhr HTMI – Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung</p>	<p><b>Geschlechtsspezifische Gewalt und ihre verschiedenen Formen: eine interdisziplinäre Perspektive</b> Veranstaltung anlässlich "Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen": Für die Gleichstellung aller Geschlechter spielt interpersonelle Gewalt eine zentrale Rolle. Gewalt wird vorwiegend von Männern gegen Frauen und queere Menschen ausgeübt, aber auch Männer können davon betroffen sein. Das Thema betrifft alle – in jeder Gesellschaft und in allen Lebensbereichen weltweit. Was geschlechtsspezifische Gewalt für unser Zusammenleben bedeutet, wie sie sich in ihren verschiedenen Formen und Ausprägungen zeigt und was wir alle</p>	<p>Programm und Anmeldung unter <a href="https://www.htmi.hwr-berlin.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/1210-geschlechtsspezifische-gewalt-und-ihre-verschiedenen-formen-eine-interdisziplinare-perspektive/">https://www.htmi.hwr-berlin.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/1210-geschlechtsspezifische-gewalt-und-ihre-verschiedenen-formen-eine-interdisziplinare-perspektive/</a></p>

	<p>dagegen tun können, möchten wir gerne gemeinsam diskutieren. Bei der Veranstaltung beleuchten drei Expertinnen – eine Juristin, eine Medizinerin und eine Ökonomin - dieses wichtige Thema aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln und stehen für Fragen sowie einen gemeinsamen Austausch zur Verfügung.</p>	
<p>Dienstag, 26.11.2024, um 18 Uhr im Café Sibylle Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin ÖPNV: U 5 Strausberger Platz, dann 4 Minuten Fußwe</p>	<p><b>Gleichstellungspolitischer Empfang der SPD FRAUEN Berlin</b> <b>"DEMOKRATIE, PARITÄT UND DER WEG ZU WENIGER GEWALT AN FRAUEN*"</b></p> <p>Frauenrechte sind Gesellschaftsthemen und gehören damit mitten auf der politischen Agenda 365 Tage im Jahr Wir freuen uns über Impulse von Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süßmuth sowie von der Berliner Staatssekretärin für Arbeit und Gleichstellung Micha Klapp. In einer Podiumsdiskussion werden wir Einblicke von der Direktorin der Bundesgleichstellungsstiftung Lisi Maier, Mda Mirjam Golm sowie Jana Brix von Bündnis 90/Die Grünen Berlin bekommen. Der Abend wird von der Ukrainischen Sängerin Iryna Lazer umrahmt.</p>	<p>Wir bitten um Anmeldung bis zum 21.11.2024 unter <a href="https://spd.berlin/2611spdfrauen/">https://spd.berlin/2611spd frauen/</a></p>
<p>26.11.2024 von 19.00 bis 20.30 Uhr mit anschließendem Ausklang im Xelor Kesselhaus, Mittelbuschweg 10, 12055 Berlin</p>	<p><b>Alt? Erfahren! Wie wir als Gesellschaft vom Alter profitieren</b> <b>Gespräch mit Madeline Ritter (Bureau Ritter / Projekt: Dance On), Dr. Claudia Mahler (angefragt) und Cansel Kiziltepe (angefragt)</b> <b>Moderiert von Silke Burmester (Journalistin und Moderatorin)</b></p> <p>Produktiv zu sein ist ein menschliches Grundbedürfnis und hört im Alter nicht auf. Altersdiskriminierung ist hingegen ein Phänomen unserer derzeitigen (Arbeits-) Gesellschaft. Der generationenübergreifende Ansatz von Produktivität, Arbeit, Lernen und Wissenstransfer läuft einem Idealbild jugendlicher Energie und festgesetzten Altersgrenzen hinterher. Keine Gesellschaft kann auf die Expertise von berufs- und lebenserfahrenen Menschen verzichten. Schon gar nicht eine demographisch alternde. Auch eine alternde Gesellschaft muss die Fragen von Produktivität und Weiterentwicklung im Alter mit all</p>	

	<p>seinen Besonderheiten in Bezug auf Leistungsverständnis, Erfahrungsaustausch unter den Generationen und lebenslanges Lernen für die Zukunft beantworten können. Über ein neues Verständnis der Bedeutung des Älterwerdens in Kultur und Gesellschaft wollen wir diskutieren</p>	
<p>27.11.24, 15:00 Uhr Katholische Hochschule für Sozialwesen, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin I Hörsaal H109</p>	<p><b>Ehrenamt für die Gesundheit: Großelterndienst „Enkel dich fit!“</b> Mit Laurette Rasch (MSc Public Health) und Helga Krull (eine der Projektleiterinnen des Großelterndienst beim Berliner Frauenbund 1945 e. V.) Ehrenamtliche Tätigkeit fördert auch die eigene Gesundheit und das eigene Wohlerhen. Die Veranstaltung ist Teil der bis zum 27.11.2024 andauernden Senior:innen-Universität Lichtenberg</p>	<p>Mehr Infos zum Programm und zur Anmeldung: <a href="https://www.berlin.de/senioren-aktiv-in-lichtenberg/angebote-im-bezirk/weitere-angebote/artikel.1148158.php">https://www.berlin.de/senioren-aktiv-in-lichtenberg/angebote-im-bezirk/weitere-angebote/artikel.1148158.php</a></p>
<p>28.11.24 in Berlin</p>	<p><b>Empowerment für Männer?</b> Das Institut für interkulturelle Kommunikation veranstaltet eine Fachtagung zur Förderung von Männern im Kontext der Integrationsarbeit. Dabei wird danach gefragt, welche Bedarfe Männer haben, wie sie sich von denen der Frauen unterscheiden und wie gute Förderangebote für männliche Zielgruppen aussehen müssten.</p>	<p>Informationen und Anmeldung: <a href="https://www.iik.berlin/empowerment-fuer-maenner">https://www.iik.berlin/empowerment-fuer-maenner</a></p>
<p>30. November 2024 um 15.30 Uhr Kreuzberger Kinderstiftung Ratiborstraße 14 a    10999 Berlin</p>	<p><b>„Schutz mit Nebenwirkungen: Das neue Gesetz zum Schutz Minderjähriger bei Auslandsehen“</b> Anlässlich der Woche gegen Gewalt an Frauen gibt es seitens des Zonta Club Berlin an Frauen den Vortrag mit anschließender gemeinsamer Diskussion. Den Vortrag wird Rechtsanwältin Dr. Monique Martinek halten, die Diskussion wird von der Journalistin Régine Deguelle moderiert.  Statt Eintritt bitten wir um Spenden von mindestens 15 EUR für das Zonta-Projekt gegen Kinderehen (<a href="https://www.zonta-union.de/ueberuns/internationale-projekte/ending-child-marriage/">https://www.zonta-union.de/ueberuns/internationale-projekte/ending-child-marriage/</a>).</p>	<p>Bitte melden Sie sich verbindlich per E-Mail unter <a href="mailto:info@zonta-berlin.de">info@zonta-berlin.de</a> mit dem Betreff „ZsN 2024“ an  Spenden können gerne vorab überwiesen werden an „Freundeskreis Zonta Club Berlin e.V.“, IBAN DE78 100 100 632 020 108.</p>
<p>30.11.2024, von 12.00 Uhr bis 15.30 Uhr Palais der Kulturbrauerei</p>	<p><b>Aktionstag: Starkes Engagement – starker Zusammenhalt: „Berlin sagt Danke“ 2024 = Danksagung des Berliner Senates und des Abgeordnetenhaus von Berlin für geleistetes freiwilliges Engagement</b></p>	<p>Infos und Anmeldung bis zum 13.11.2024 – die Plätze sind leider begrenzt unter <a href="https://berlin-sagt-">https://berlin-sagt-</a></p>

	<p>Dialog und Unterhaltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesprächsrunde mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und der Präsidentin des Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld</li> <li>• Moderierte Diskussion zur Frage „Was braucht freiwilliges Engagement?“ mit Publizistin Teresa Bücker, Melanie Skurt vom Veto Magazin und Julia Bartel vom Stifterverband</li> <li>• Vorstellung einiger herausragender Initiativen durch Kultursenator Joe Chialo</li> <li>• Auftritte des Begegnungschors sowie des Jonglage-Künstlers und Wort-Akrobaten Timo Wopp</li> </ul> <p>Weitere Kultureinrichtungen und Partner öffnen berlinweit – ggf. mit Anmeldung - ihre Türen: siehe <a href="http://www.berlin-sagt-danke.de">www.berlin-sagt-danke.de</a></p>	<p>danke.anmeldung-events.de/?t=lnw-80 bis zum 13.11.2024 an – die Plätze sind leider begrenzt.</p>
<p>04.12.2024 von 10:30 Uhr (Einlass ab 10:00 Uhr) bis 16:00 Uhr in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in der Charitéstr. 3, 10117 Berlin statt.</p>	<p><b>Rechter Druck und zivilgesellschaftliche Antworten</b> Veranstaltung Informations- und Austauschveranstaltung, die von der NAJU (Naturschutzjugend im NABU) veranstaltet wird. drei Fragen: (1) Wie zeigt sich dieser bei zivilgesellschaftlichen Organisationen? (2) Wie können sie sich vor dem Hintergrund ihrer Gemeinnützigkeit gegen rechts positionieren, und wie wird dies zugleich gegen sie verwendet? (3) Was können Organisationen tun, um mit ihren Mitgliedern bzw. Zielgruppen im Gespräch zu bleiben und sie angesichts von zunehmenden Krisen und Polarisierungen resilienter gegen rechte Argumentationen, Ideologien und einfache populistische Antworten zu machen?</p>	<p>Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind herzlich willkommen. Die Teilnahme ist kostenlos. Fahrt- und Übernachtungskosten werden übernommen. Anmeldung und Informationen <a href="https://www.naju.de/f%C3%BCr-jugendliche/kein-blattbreit-der-rechten/veranstaltung/">https://www.naju.de/f%C3%BCr-jugendliche/kein-blattbreit-der-rechten/veranstaltung/</a></p>
<p>5.12.2024, 19 Uhr, an der HWR Berlin, Badensche Straße 50-51, in Raum B 5.12.</p>	<p><b>Journal Launch mit Diskussion des Harriet Taylor Mill-Institut: "Feministische Ökonomie – progressive Krisenantworten?"</b> Wie hängen Geschlechterverhältnisse und Kapitalismus zusammen, wenn es um Produktion und Reproduktion in einer Gesellschaft geht? Wie ist die Arbeit von Frauen darin integriert? Trifft Inflation Frauen mehr als Männer? Und wie verwenden wir Zeit? Die Feministische Ökonomie zeichnet sich dadurch aus, die unterschiedlichen Lebensrealitäten aller Menschen und</p>	<p>Info: <a href="https://www.htmi.hwr-berlin.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/1232-journal-launch-mit-diskussion-feministische-oekonomie-progressive-krisenantworten/">https://www.htmi.hwr-berlin.de/veranstaltungen/veranstaltungsdetail/1232-journal-launch-mit-diskussion-feministische-oekonomie-progressive-krisenantworten/</a></p>

	<p>Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu analysieren. Sie formuliert Vorschläge für eine geschlechtergerechte, das heißt auch stärker wohlstandsorientierte, Wirtschaftspolitik. Dennoch – oder gerade deswegen? – hatte die Feministische Ökonomie in der Vergangenheit weder an Hochschulen noch in der Politikberatung großen Einfluss – oder unterschätzen wir das? Zwei wissenschaftliche Zeitschriften greifen aktuell diese Fragen auf: Der neue Kurswechsel Heft 4/23 "Feministische Ökonomie – progressive Krisenantworten?" und diePROKLA 214 "Feministische Ökonomiekritik". Wir stellen die Hefte und einzelne Beiträge daraus vor und diskutieren über die Bedeutung der Feministischen Ökonomie.</p>	
<p>6.12.2024, 9.30 – 18.30 Uhr, Raum A 238, Campus Treskowallee, HTW Berlin Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Treskowallee 8, 10318 Berlin</p>	<p><b>22. efas-Fachtagung Stand und Perspektiven Feministischer Ökonomie</b></p>	<p>Anmeldung <a href="https://public.zenkit.com/f/fzZTyfTff/efas-tagung?v=x4u967hJh">https://public.zenkit.com/f/fzZTyfTff/efas-tagung?v=x4u967hJh</a> Programm: <a href="https://efas.htw-berlin.de/">https://efas.htw-berlin.de/</a></p>
<p>7.12.2024, 13.00 Uhr. Die Demonstration in Berlin startet am Alexanderplatz und endet beim Bundestag.</p>	<p><b>Großdemo: Abtreibung legalisieren – Jetzt!</b> Wir haben jetzt die historische Chance gemeinsam die Legalisierung von Abtreibungen zu erreichen. Am 7. Dezember wollen wir mit vereinten Kräften in Berlin (und Karlsruhe) auf die Straße gehen. Damit die Demonstration ein großer Erfolg wird, brauchen wir euch. Darum möchten wir mit euch zusammen planen, wie wir einen gemeinsamen Ausdruck finden können – indem alle mit ihren eigenen Schwerpunkten sichtbar werden und wir gleichzeitig ein starkes gemeinsames Zeichen setzen.</p>	<p>Weitere Infos unter: <a href="https://abtreibung-legalisieren.de/de#intro">https://abtreibung-legalisieren.de/de#intro</a></p>
<p>10. Dezember 2024, 10:30 bis 15:00 Uhr Online über Zoom</p>	<p>„15 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland – das Recht auf selbstbestimmtes Leben und Wohnen endlich umsetzen!“ 15 Jahre nach dem Inkrafttreten der UN BRK können viele Menschen mit Behinderungen immer noch nicht</p>	<p><b>Anmeldung bis spätestens zum 10.11.2024 unter:</b> <a href="https://forms.office.com/e/yjsiRaqBwG?origin=lprLink">forms.office.com/e/yjsiRaqBwG?origin=lprLink</a></p>

	<p>entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen, weil ihnen nur Sondereinrichtungen zur Verfügung stehen. 2022 hat der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen seine „Leitlinien zur Deinstitutionalisierung (auch in Notfällen)“ veröffentlicht. Sie sollen als Grundlage für die Planung von Prozessen der Deinstitutionalisierung und der Verhinderung von Institutionalisierung auf Grundlage der Erfahrungen in der Corona-Pandemie dienen. Im Dezember 2022 legte der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Gerard Quinn, einen thematischen Bericht über die Transformation von Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen vor. Der Bericht benennt ein breites Spektrum an politischen Instrumenten, die den Staaten zur Verfügung stehen, um einen Wandel im Dienstleistungssektor auch unter Einbeziehung der Leistungserbringer als Menschenrechtsakteure herbeizuführen.</p>	
<p>12. Dezember 2024, ab 10 Uhr Haus der Kulturen der Welt John-Foster-Dulles-Allee 10   10557 Berlin</p>	<p><b>„erreichtes verstetigen – visionen Gestalten“</b> <b>Abschlussveranstaltung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft</b> Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Verwaltung und Politik zur internationalen UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015 – 2024). Im Rahmen der UN-Dekade hat sich Deutschland dazu verpflichtet, einen Beitrag zur Stärkung und Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Rechte von Schwarzen, afrikanischen und afrodiasporischen Menschen zu leisten sowie sich gegen Diskriminierung und anti-Schwarzen Rassismus einzusetzen. Im Dezember 2016 verpflichtete sich der Berliner Senat im Rahmen der Koalitionsvereinbarung, Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Dekade durchzuführen. Mit der Verankerung und Finanzierung von Projekten im Themenfeld anti-Schwarzer Rassismus und Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft hat das Land</p>	<p>Anmeldungen bis Freitag, den 29. November 2024 an: <a href="https://eveeno.com/raa-berlin-un-dekade-veranstaltung">https://eveeno.com/raa-berlin-un-dekade-veranstaltung</a>  Programmüberblick: <a href="https://raa-berlin.de/aktuelles">https://raa-berlin.de/aktuelles</a></p>

	Berlin eine Vorreiterrolle eingenommen. Das Ende der UN-Dekade ist ein Anlass, um gemeinsam zu diskutieren, was in den letzten zehn Jahren passiert ist, wo wir in Berlin stehen und welche Maßnahmen für eine Verstetigung des bisher Erreichten notwendig sind.	
12.06.2025 ab 09 Uhr bis 15 Uhr im Rathaus Schöneberg	<p><b>„Fachtag Intersektional - Diverse Arbeitswelt hier und jetzt?!“ von den Beauftragten des BA Tempelhof-Schöneberg</b></p> <p>Dabei liegt der diesjährige Schwerpunkt auf den Chancen einer diversen Arbeitswelt. Hierzu werden verschiedene Workshops angeboten sowie ein Output von Teresa Bücker an Nachmittag.</p>	

#### **IV. Verschiedenes aus dem frauen\*- und gesellschaftspolitischen Umfeld**

- **Jubiläumsbroschüre zum 40. Jubiläum der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen hat zu ihrem 40. Jubiläum eine Jubiläumsbroschüre mit dem Titel „Auf den Schultern von starken Frauen“ herausgebracht. In der Broschüre wird die geschichtliche Entwicklung der BAG von 1984 bis heute aufgezeigt, gepaart mit persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen sowie einem Ausblick auf die zukünftige Arbeit. Sie beschreibt die Arbeit der BAG von ihrem Anbeginn bis heute. Wie ist der Zusammenschluss entstanden? Wie konnte ein Netzwerk aufgebaut werden? Wie konnten Ost und West zusammenwachsen? Wie konnten Geschlechterthemen in den Mainstream gerückt werden?

Herunterladen der Broschüre:

<https://www.gleichberechtigt.org/jubil%C3%A4umsbrosch%C3%BCre-zu-40-jahren-bag>

- **Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes**

Im Bundesrat hat das Zweite Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes den zweiten Durchgang passiert und kann somit nach Verkündung im Herbst diesen Jahres in Kraft treten. Das Gesetz soll Schwangere und Personal besser vor Gehsteigbelästigungen durch Abtreibungsgegner\*innen schützen.

Weitere Informationen hier: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/belaestigung-von-schwangeren-zukuenftig-ordnungswidrigkeit-246008>

- **Gleichstellung stellt sich nicht von selbst ein**

*Frauen leisten deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Um die Gleichstellung zu fördern, braucht es die Unterstützung von Politik und Arbeitgebern.*

Zu Beginn der Corona-Pandemie sah es kurzzeitig so aus, als würden sich Männer stärker als zuvor an der alltäglichen Sorgearbeit und Arbeiten im Haushalt beteiligen. Doch

davon ist nichts übrig geblieben. Längst ist wieder alles beim Alten: Erwerbstätige Frauen investieren aktuell durchschnittlich acht Stunden pro Woche mehr in unbezahlte Arbeit als erwerbstätige Männer. Das liegt vor allem an den deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschieden bei Beschäftigten mit Kindern und Teilzeitbeschäftigten. Aber auch wenn Frauen Vollzeit arbeiten oder keine Kinder im Haushalt leben, leisten sie mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Das zeigt eine Studie von Yvonne Lott, die am WSI zu Arbeitszeit und Gleichstellung forscht und die Untersuchung gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Berliner Instituts SowiTra durchgeführt hat.

Weiter Lesen: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-gleichstellung-stellt-sich-nicht-von-selbst-ein-63646.htm>

- **„Gender Snapshot 2024“**

Der neueste Bericht der Vereinten Nationen (UN) und UN Women zeigt, dass zwar weltweit Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter erzielt wurden, diese aber viel zu langsam sind. Der UN-Bericht drängt auf sofortiges globales Handeln zur Beendigung geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

Link zum Bericht (auf Englisch): <https://www.unwomen.org/sites/default/files/2024-09/progress-on-the-sustainable-development-goals-the-gender-snapshot-2024-en.pdf>

- **Frauenhaus-Statistik 2023 von Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK)**

Über 14.200 Frauen und rund 16.000 Kinder haben 2023 Schutz in Deutschlands Frauenhäusern gefunden. Das geht aus der heute veröffentlichten Frauenhaus-Statistik 2023 von Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) hervor. Die Statistik von FHK ist die einzige Erhebung, die jährlich bundesweite Daten zu Frauenhäusern und ihren Bewohner\*innen bereitstellt. Die Berechnungen für das Jahr 2023 beruhen auf Angaben zu 6.264 Frauen und 7.043 Kindern aus 176 der insgesamt rund 400 Frauenhäuser in Deutschland.

Mehr als ein Viertel der Bewohner\*innen (28 %) musste dabei im vergangenen Jahr die Kosten des Aufenthalts anteilig oder vollständig selbst tragen. Die Frauenhaus-Statistik von FHK zeigt zudem, dass der Anteil von Frauen, die wohnortnah Platz in einem Frauenhaus finden, seit Jahren kontinuierlich sinkt.

Hier geht's zur Kurz- bzw. Langfassung:

<https://www.frauenhauskoordinierung.de/aktuelles/detail/pressemeldung-bundesweite-frauenhaus-statistik-2023>

- **Eine Frage des Geschlechts? Arbeitsbedingungen aus der Perspektive von Männern und Frauen**

Die Arbeitswelt befindet sich derzeit in einem großen Wandel. Digitalisierung, Fachkräftemangel und Vereinbarkeit von Beruf und Familie treiben diesen stetig voran, um nur ein paar der gegenwärtigen Herausforderungen zu nennen. Das Alleinverdienermodell in Familien scheint zunehmend ausgedient zu haben, Pflege und Sorgearbeit müssen daher mit Erwerbsarbeit in Einklang gebracht werden. Doch noch immer arbeiten mehr Frauen in Teilzeit als Männer, sie übernehmen oftmals auch den größeren Anteil an Sorgearbeit und Pflege in den Familien.

Wie wirken sich diese Veränderungen und Anforderungen auf die Wahrnehmung der Arbeitsbedingungen bei Frauen und Männern aus? Die vorliegende Studie zeigt, dass vor allem Frauen mit Kindern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als äußerst wichtiges Arbeitsmerkmal erachten. Gleichzeitig bewerten vor allem Frauen ohne Kinder ihre Arbeitsbelastungen als hoch. Der Beitrag ergänzt die aktuelle Debatte um eine moderne

Arbeitswelt, die den geänderten Bedürfnissen der Arbeitnehmer:innen gerecht wird. Besonders in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels ist dies ein dringender Appell.

Mehr zur Studie: <https://www.fes.de/themenportal-bildung-arbeit-digitalisierung/artikelseite/eine-frage-des-geschlechts>

- **EuGH: Unterdrückung von Frauen durch Taliban rechtfertigt für sich Asyl**

Der Europäische Gerichtshof urteilte am 4. Oktober 2024, auch für Deutschland verbindlich, dass internationale Organisationen wie die EU-Asylagentur (EUAA) und das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) umfassend belegt hätten, dass Frauen unter dem Taliban-Regime gezielt und systematisch unterdrückt würden. Nach dem Gerichtsurteil muss es für die zuständigen Behörden genügen festzustellen, dass eine Frau Afghanin ist. Es muss für das Vorliegen eines Asylgrundes nicht festgestellt werden, dass »die Antragstellerin bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland tatsächlich und spezifisch Verfolgungshandlungen zu erleiden droht«. Das heißt: Bei der individuellen Prüfung des Asylantrags einer afghanischen Frau genügt es, wenn ein Mitgliedstaat lediglich ihr Geschlecht und ihre Staatsangehörigkeit berücksichtigt. Grundlage des Urteils waren Klagen zweier afghanischer Frauen gegen die zuständigen österreichischen Behörden.

Gerichtsurteil und Zusammenfassung:

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-608/22>

- **Frauen in der Chefetage**

Etwa 2000 deutsche Unternehmen sind eigentlich gesetzlich verpflichtet, für ihren Frauenanteil in der Führungsetage Zielgrößen festzulegen. Aber nur ein Teil von ihnen kommt dieser Pflicht nach.

Link zum Artikel: <https://www.handelsblatt.com/dpa/geschlechterquote-frauenanteil-in-chefetage-viele-firmen-ignorieren-vorgaben/29900840.html>

- KOBRA – Newsletter

<https://newsletter.kobra-berlin.de/mailling/125/7726827/12143938/3371/1fd42bebc2/index.html>

In Zeiten zunehmender Verunsicherung ist es besonders wichtig, dass Frauen an ihre berufliche Sicherheit denken. Sich langfristig gut aufzustellen, kann helfen, Unsicherheiten zu überwinden und finanziell unabhängig zu werden oder zu bleiben. Es ist ratsam, sich von schlecht bezahlten, krank machenden oder unsicheren Jobs zu lösen und stattdessen nach neuen Perspektiven zu streben. Unsere Workshops und Beratungen bieten Ihnen dafür wertvolle Werkzeuge.

KOBRA hat jede Menge zusätzliche Workshops für Sie im Angebot. Unser besonderes Geschenk für Sie zum Jahresabschluss: Viele dieser Veranstaltungen kosten nur 5 Euro! Einige davon finden in englischer Sprache statt, damit auch zugewanderte Frauen besser daran teilnehmen können. Sie sind aber für alle Interessierten geöffnet.

- **UN-BRK-Staatenprüfung 2023 – Deutsche Übersetzung der Abschließenden Bemerkungen**

Vor mittlerweile einem Jahr hat der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen seine jüngsten Empfehlungen zum Umsetzungsstand der UN-BRK in Deutschland veröffentlicht (Abschließende Bemerkungen des UN-Fachausschusses vom 3. Oktober 2023).

Seit kurzem ist eine deutsche Übersetzung auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) unter [www.gemeinsam-einfach-machen.de/GEM/DE/AS/UN\\_BRK/Staatenpruefung/Zweite Staatenpruefung/staatenpruefung\\_node.html](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/GEM/DE/AS/UN_BRK/Staatenpruefung/Zweite_Staatenpruefung/staatenpruefung_node.html) verfügbar. An einer Leichte-Sprache-Fassung wird noch gearbeitet.

Sie finden das Dokument, zusammen mit weiterführenden Informationen zur Staatenprüfung auch auf der Website des Deutschen Institut für Menschenrechte unter [www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/abteilungen/monitoring-stelle-un-behindertenrechtskonvention/staatenpruefverfahren](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/das-institut/abteilungen/monitoring-stelle-un-behindertenrechtskonvention/staatenpruefverfahren) .

- **FEMINISTISCH GESCHICHTE LERNEN**

Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Demokratieförderung. Gerade hier setzt das Digitale Deutsche Frauenarchiv (DDF) an, macht feministische Wissensbestände online zugänglich und vermittelt die damit verbundenen Bewegungsgeschichten als wichtigen Teil von Demokratiegeschichte. Mit DDF-Campus haben wir ein neues Angebot entwickelt, explizit für Lehrende und Lernende.

„Platz da, Feminismus hat Geschichte – und Geschichte gibt's nicht ohne Frauen!“ ist das Motto von DDF-CAMPUS – FEMINISTISCH GESCHICHTE LERNEN. Mit der ersten Veröffentlichung dieser neuen Reihe tauchen wir in die Geschichte der politischen Partizipation von Frauen ein: Wofür wurde gerungen und was hat dies mit heutigen Debatten um Grundrechtenschutz und Demokratie zu tun?

Mehr lesen: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/campus/ddf-campus>

- **Bei der Sozialen Arbeit in Berlin zu kürzen, heißt, Angebote und Leistungen für Berlinerinnen und Berliner zu streichen!**

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat in der dritten Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2024 verfügt: *Ab dem 01. Oktober 2024 ist jegliches Verwaltungshandeln, das im Zusammenhang mit der Bewilligung von Zuwendungsbescheiden und dem Abschluss von Zuwendungsverträgen oder Zuschüssen steht und auf eine Auszahlung ab dem Haushaltsjahr 2025 gerichtet ist, zu unterlassen. Die Regelung gilt bis zum 30. November 2024.*

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin macht auf die daraus folgenden Auswirkungen aufmerksam:

Fehlende Planbarkeit gefährdet die bestehende soziale Infrastruktur:

Wir fordern dringend alle fördergebenden Stellen des Landes Berlin auf, weiterhin offene Anträge und Bewilligungen zu bearbeiten, auch wenn sie zurzeit nicht beschieden werden dürfen. Andersfalls ist ein weiterer Rückstau in den Verwaltungsabläufen zu erwarten.

Im Umkehrschluss sind ALLE Angebote und Leistungen, die derzeit über Zuwendungen organisiert werden, mit Unsicherheit über die weitere Finanzierung im Jahr 2025 konfrontiert.

Kürzungen in der sozialen Infrastruktur können zu Mehrausgaben führen und die Gesellschaft destabilisieren:

Kürzungen im Bereich der Zuwendungen im sozialen Bereich betreffen eine Struktur mit großer präventiver Wirkung in Berlin. Wer jetzt bei Präventionsangeboten kürzt, hat in Folge immense Kosten für Hilfeleistungen.

Keine weitere Aufstockung der Förderung bedeutet Abbau der Förderung:

Ein Einfrieren der Fördersummen für die soziale Arbeit ist aufgrund der enormen Kostensteigerungen des letzten Jahres schon jetzt eine faktische Kürzung. Gleichzeitig steigt der Bedarf. Wenn Förderungen bei steigenden Kosten gleichbleiben, ist das in der Regel nur durch Personalabbau möglich. Das heißt, die sozialen Leistungen könnten nur noch mit Qualitätseinbußen, in einem geringeren Umfang oder gar nicht mehr erbracht werden.

Absenkung der Standards bedeutet Kürzung der Leistungen:

Wenn die Standards im Sozialbereich abgesenkt werden, bedeutet dies eine Einschränkung der Leistungen für Menschen, die sie dringend brauchen.

Wir fordern die Berliner Politik auf, die Berliner Verfassung umzusetzen und das Subsidiaritätsprinzip einzuhalten!

Gesamtstellungnahme hier: [https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion/pdf/2024/10\\_24/2024-10-10\\_Stellungnahme\\_Paritaet\\_Haushalt\\_Zuwendungen\\_Berlin.pdf](https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/redaktion/pdf/2024/10_24/2024-10-10_Stellungnahme_Paritaet_Haushalt_Zuwendungen_Berlin.pdf)

- **Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Landesebene - Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung aus menschenrechtlicher Perspektive**

Landesaktionspläne sind ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland. Die vorliegende Analyse untersucht die Prozesse im Zusammenhang mit den Aktionsplänen in den Bundesländern und verdeutlicht, welche Ansätze sich bewährt haben. Dabei stellt sie insbesondere gute und überzeugende Lösungen zur Erfüllung menschenrechtlicher Mindeststandards hinsichtlich der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen vor.

Die Bundesländer stoßen auf vielfältige Herausforderungen bei der Erstellung und Umsetzung von Aktionsplänen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sie haben aber bereits viele kreative Ansätze zu deren Bewältigung gefunden. Zu diesem Ergebnis kommt die kürzlich veröffentlichte Analyse der Monitoring-Stelle UN-BRK „Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Landesebene“. „Die Landesaktionspläne machen die Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention handhabbar, indem sie sie in klare Ziele für die Landesebene übersetzen und ressortübergreifend Maßnahmen zu ihrer Umsetzung bündeln. Damit sind sie eine wichtige Grundlage für ein wirkungsvolles Disability Mainstreaming, das heißt für die Berücksichtigung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen der Landesregierung. Einen Aktionsplan zu erstellen, der dieses Potenzial auch einlösen kann, stellt allerdings auch eine Herausforderung dar.“, so Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle.

Weiter lesen:

[file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/Analyse\\_Aktionsplaene\\_zur\\_Umsetzung\\_der\\_UN\\_Behindertenrechtskonvention\\_auf\\_Landesebene.pdf](file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/Analyse_Aktionsplaene_zur_Umsetzung_der_UN_Behindertenrechtskonvention_auf_Landesebene.pdf)

- **30 JAHRE AKTIONSPLOTTFORM VON PEKING: FORTSCHRITTSBERICHT MIT LEERSTELLEN**  
**30 Jahre Aktionsplattform von Peking: Fortschrittsbericht mit Leerstellen**

Vor dem 30-jährigen Jubiläum der Aktionsplattform von Peking legt die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen Rechenschaft ab. Der Deutsche Frauenrat begleitet die Umsetzung der Aktionsplattform und übt Kritik an schleppendem Fortschritt. Die vierte Weltfrauenkonferenz in Peking stellte einen Meilenstein für Frauenrechte dar. 189 Staaten verabschiedeten 1995 einen Katalog zukunftsweisender Gleichstellungsmaßnahmen in 12 Aktionsfeldern. Seit damals legen die unterzeichnenden Regierungen alle fünf Jahre

Rechenschaft ab und ermöglichen der Zivilgesellschaft die Umsetzung der Aktionsplattform kritisch zu begleiten. Die Bundesregierung hat nun den Bericht zur Aktionsplattform von Peking für 2000-2024 öffentlich gemacht. In ihm werden sowohl wichtige Fortschritte als auch der Umsetzungsstau der Ampel-Koalition im Gleichstellungsbereich deutlich.

Weiterlesen: <https://www.frauenrat.de/30-jahre-aktionsplattform-von-pekings-fortschrittsbericht-mit-leerstellen/>

- **Expertise des Paritätischen Berlin: Staatliche Finanzierung über Zuwendungen und Entgelte**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat eine Expertise zur staatlichen Finanzierung von sozialen Organisationen über Zuwendungen und Entgelte veröffentlicht. Die Expertise richtet sich an Fachkräfte der sozialen Arbeit, Vertreter von Trägerorganisationen sowie an alle, die sich mit den rechtlichen und praktischen Aspekten der Finanzierung sozialer Angebote befassen. Sie bietet eine wertvolle Orientierungshilfe, um die komplexen Finanzierungsstrukturen besser zu verstehen und rechtlich fundierte Entscheidungen in Bezug auf die Weiterentwicklung der bestehenden Finanzierungsstrukturen treffen zu können.

Die Expertise beleuchtet das allgemeine und das spezielle Zuwendungsrecht. Neben der Darstellung der verschiedenen Formen der Zuwendungsgewährung mittels Bescheids oder öffentlich-rechtlichem Vertrag wird dargestellt, inwieweit spezielle Zuwendungsvorschriften geeignet sind die Position von Zuwendungsempfängenden zu stärken. Zudem werden denkbare Rechtsansprüche von Zuwendungsempfängenden erläutert. Des Weiteren wird in der Expertise die Entgeltfinanzierung näher betrachtet, die auf öffentlich-rechtlichen Leistungsverträgen basiert. Darüber hinaus wird die Zulässigkeit einer kombinierten Finanzierung (Mischfinanzierung) erörtert und eine Gesamtbetrachtung der Finanzierungsarten vorgenommen.

<https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/expertise-des-paritaetischen-berlin-staatliche-finanzierung-ueber-zuwendungen-und-entgelte>

- **Vielfalt mitdenken bei der Gestaltung von Seniorenarbeit**

Ältere Menschen haben eine Vielzahl von Bedürfnissen und Bedarfen, die eine Diversifizierung der Angebote in der Arbeit mit Seniorinnen und Senioren erforderlich macht. Es gilt, die Vielfalt des Alter(n)s zu berücksichtigen und gleichzeitig das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, um niedrighschwellige Zugänge in den verschiedenen Handlungsfeldern der Seniorenarbeit zu schaffen.

Mit Blick auf eine sich weiter ausdifferenzierende Gesellschaft spielt neben der Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements auch die Vielfalt des Alter(n)s eine zentrale Rolle.

Weiterlesen: <https://kda.de/vielfalt-mitdenken-bei-der-gestaltung-von-seniorenarbeit/>

- **Feministische Wirtschaftspolitik**

Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich im Umbruch. Technologische, wirtschaftliche und ökologische Veränderungen führen zu tiefgreifendem Wandel, der auch „Transformation“ genannt wird. Diese Transformation eröffnet die Chance, die bisherige Art des Wirtschaftens und globalen Handels aus einer feministischen Perspektive grundlegend zu überdenken. Die Expertise FEMINISTISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK von Aysel Yollu-Tok und Hanna Völkle am Harriet Taylor Mill-Institut für Ökonomie und Geschlechterforschung der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin untersucht entlang fünf wirtschaftspolitischer Zielgrößen, welche feministischen Prinzipien in das aktuelle wirtschaftspolitische Handeln integriert werden müssen, um die Transformation zu einer

Erfolgsgeschichte für alle Frauen zu machen. Dabei ist es unerlässlich, wohlfahrtstaatliche Sicherungssysteme, wirtschaftliche Prosperität, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken und nicht gegeneinander auszuspielen. Die Autorinnen verdeutlichen, wie feministische Wirtschaftspolitik wirtschaftliche und gleichstellungspolitische Ziele miteinander verbinden und entsprechende Potenziale entfalten kann.

Weiter Lesen: <https://www.frauenrat.de/feministische-wirtschaftspolitik/>

- **UN-BRK im Land Berlin: Parallelsysteme in allen Lebensbereichen überwinden**

2023 hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum zweiten Mal überprüft, wie Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umsetzt. Aus diesem Anlass diskutierten am 06. September 2024 rund 130 Vertreter\*innen aus Politik, Verwaltung und den Organisationen von Menschen mit Behinderungen im Berliner Abgeordnetenhaus unter dem Titel „Die UN-BRK in Berlin: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?“ über die Umsetzung der UN-BRK im Bundesland.

„Die Prüfung der Vereinten Nationen hat klar gemacht, dass Deutschland nicht genug tut, um seine menschenrechtlichen Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen“, eröffnete Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-BRK des Deutschen Instituts für Menschenrechte. „Nun gilt es in jedem Politikfeld die vielen großen und kleinen Schritte zu gehen, die zur Umsetzung der Konvention notwendig sind.“

Der Nachbericht zur Konferenz ist unter folgendem Link abrufbar: Nachbericht: „Die UN-BRK in Berlin: Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?“: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Sonstiges/Nachbericht\\_UN-BRK\\_Berlin.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Sonstiges/Nachbericht_UN-BRK_Berlin.pdf)

- **Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland**

Am 25. September 2024 wurde der Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland der Öffentlichkeit vorgestellt: »Bericht 2024 - Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen«. Mit der Wiedervereinigung habe sich ganz Deutschland verändert und sei zu einem anderen Deutschland als 1989 geworden, sagte Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, in Berlin: »Im Innern wie auch in den Beziehungen nach außen musste sich Deutschland gewissermaßen neu erfinden.« In dem Bericht schildern 20 Autor\*innen ihre Perspektiven auf Ost- und Westdeutschland. Sie geben einen Blick auf die Rolle Deutschlands und wie die Entwicklungen der vergangenen 35 Jahre Deutschland geprägt haben.

Weiter lesen:

<https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2038516/2309668/34e86346b0ef75cd501c5890e4ae8515/gg-download-2024-data.pdf?download=1>

- **Lieber SCHEITERN statt SCHWEIGEN (Prof. Dr. Rita Süßmuth)**

Entsprechend Art. 3 Abs. 2 GG "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" setzt sich die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. innerhalb des Berliner Netzwerks Parität seit langem für ein Paritätsgesetz aktiv ein.

Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag beträgt im Jahr 2024 nur 36 Prozent. Der Wert stagniert seit 20 Jahren. Die Forderung: Bis zum Ende dieser Legislatur soll das Wahlrecht noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden, da das Parlament eine Regelung zur Parität im Parlament braucht.

Am 09.10.2024 wurde im Großen Protokollsaal des Reichstagsgebäudes das Manifest für Parität in deutschen Parlamenten an Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestages, übergeben – eine bewegende Veranstaltung nach vielen Jahren engagierten Kampfes, initiiert von der Initiative #ParitätJetzt, einem solidarischen Zusammenschluss von Frauen und Männern aus verschiedenen Verbänden, Organisationen und Netzwerken.

Weiter Lesen: [https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2024/10/Paritaet-Lieber-SCHEITERN-statt-SCHWEIGEN\\_final.pdf](https://www.berlin-stadtderfrauen.de/wp-content/uploads/2024/10/Paritaet-Lieber-SCHEITERN-statt-SCHWEIGEN_final.pdf)

- **Ehrenamtliches Engagement ist eng verknüpft mit dem Gefühl, sozial eingebunden zu sein**

Eine neue Studie des DZA zeigt, dass ehrenamtlich engagierte Personen in der zweiten Lebenshälfte weniger über Gefühle sozialer Ausschließung berichten als Personen ohne Ehrenamt. Allerdings ist der Zugang zu ehrenamtlichem Engagement nach wie vor sozial ungleich verteilt. Ältere engagieren sich seltener als Jüngere, Frauen seltener als Männer. Die Teilhabemöglichkeiten, die ein Ehrenamt bieten kann, kommen also nicht allen gleichermaßen zugute.

Mit Daten des Deutschen Alterssurveys wurde untersucht, wie die Anteile ehrenamtlich Engagierter über verschiedene Gruppen (u.a. Alter, Geschlecht) verteilt sind. Eine geringe Engagementbeteiligung kann nicht nur nachteilig für die Gesellschaft sein, sondern auch für die Personen selbst. Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, fühlen sich sozial stärker eingebunden. Auch bei Frauen ist die Ausübung eines Ehrenamts mit geringerem Exklusionsempfinden verbunden als bei Frauen ohne Ehrenamt (1,50 vs. 1,68).

„Es stellt sich die Frage, wie Zugangswege zum Ehrenamt so gestaltet werden können, dass die Teilhabefunktion ehrenamtlichen Engagements potenziell allen Menschen in der zweiten Lebenshälfte zugutekommt. So vielfältig die Gründe für soziale Ungleichheiten in der Ehrenamtsausübung sind, so vielfältig müssen vermutlich auch die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung sein. Um die Beteiligungsmöglichkeiten für ältere und alte Menschen zu verbessern, wäre beispielsweise zu prüfen, inwieweit Altersgrenzen für Ehrenämter, wie zum Beispiel die Grenze von 70 Jahren beim Zugang zum Schöff\*innenamt, noch sinnvoll sind und wo sie möglicherweise angepasst werden könnten.“ Zudem könnte eine gleichberechtigtere Verteilung familiärer Verpflichtungen es Frauen erleichtern, ein Ehrenamt aufzunehmen.

Weiter Lesen:

PM <https://www.dza.de/presse/download-pressegrafiken>

Studie auch mit Blick auf die Zusammenhänge zu finanzieller Situation und Gesundheitszustand: Simonson, J., Kelle, N., & Bredereck, W. (2024). Ehrenamtliches Engagement und soziale Exklusion in der zweiten Lebenshälfte – fühlen sich ehrenamtlich Engagierte seltener sozial ausgeschlossen [DZA Aktuell 04/2024]. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. doi.org/10.60922/pjcg-2t20

- **Policy Paper: Nicht in Zukunft, sondern jetzt! Politische Bildung mit Kindern – ein Recht, das es endlich umzusetzen gilt**

Kinder werden oft unterschätzt und auf die Rolle als zukünftige Akteur\*innen reduziert. Ihnen werden aufgrund ihres Alters weniger Fähigkeiten und Interessen zugeschrieben. Das ist Adul-tismus. Doch Kinder können und wollen Gesellschaft mitgestalten und haben das Recht darauf – nicht als Erwachsene in der Zukunft, sondern jetzt!

Weiter Lesen:

<https://www.adb.de/der-adb/ueber-uns/stellungnahmen/policy-paper-kinderbildung>

- **MenoSupport: Wechseljahresbeschwerden am Arbeitsplatz**

Die verborgene Herausforderung: Erste deutschlandweite Studie der HWR Berlin belegt volkswirtschaftliche Relevanz und Handlungsbedarf im Gesundheitsmanagement und bei der Arbeitsplatzgestaltung.

Die Studie ergab, dass trotz des bedeutenden Anteils von Frauen in der Belegschaft von Unternehmen die betriebliche Gesundheitsförderung für Frauen in den Wechseljahren in Deutschland nahezu nicht existiert. Dabei sind die Auswirkungen vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels und der zunehmenden Alterung der Bevölkerung volkswirtschaftlich hoch relevant, wie die Studie nun belegt.

Das Forschungsprojekt MenoSupport strebt an, nicht nur die gesundheitlichen Herausforderungen von Frauen in den Wechseljahren zu adressieren, sondern auch Unternehmen zu ermutigen, ein wechseljahresfreundliches Arbeitsumfeld zu schaffen. "Wir hoffen, dass Deutschland sich dem internationalen Trend anschließt und Unternehmen erkennt, dass es nicht nur ethisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist, Frauen in dieser Lebensphase zu unterstützen", sagt Prof. Dr. Rumler.

Mehr Lesen u.a. zur Studie

<https://www.hwr-berlin.de/meta/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung-detail/3731-menosupport-wechseljahresbeschwerden-am-arbeitsplatz/>

- **Paritätische Expertise Staatliche Finanzierung über Zuwendungen und Entgelte**

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat eine Expertise zur staatlichen Finanzierung von sozialen Organisationen über Zuwendungen und Entgelte veröffentlicht. Die Expertise richtet sich an Fachkräfte der sozialen Arbeit, Vertreter und Vertreterinnen von Trägerorganisationen sowie an alle, die sich mit den rechtlichen und praktischen Aspekten der Finanzierung sozialer Angebote befassen. Sie bietet eine wertvolle Orientierungshilfe, um die komplexen Finanzierungsstrukturen besser zu verstehen und rechtlich fundierte Entscheidungen in Bezug auf die Weiterentwicklung der bestehenden Finanzierungsstrukturen treffen zu können. Die Expertise beleuchtet das allgemeine und das spezielle Zuwendungsrecht. Neben der Darstellung der verschiedenen Formen der Zuwendungsgewährung mittels Bescheids oder öffentlich-rechtlichem Vertrag wird dargestellt, inwieweit spezielle Zuwendungsvorschriften geeignet sind die Position von Zuwendungsempfängenden zu stärken. Zudem werden denkbare Rechtsansprüche von Zuwendungsempfängenden erläutert.

Des Weiteren wird in der Expertise die Entgeltfinanzierung näher betrachtet, die auf öffentlich-rechtlichen Leistungsverträgen basiert. Eingegangen wird sowohl auf Rahmenvereinbarungen als auch auf die Leistungsverträge in zwei- und dreiseitigen Rechtsverhältnissen. Darüber hinaus wird die Zulässigkeit einer kombinierten Finanzierung (Mischfinanzierung) erörtert und eine Gesamtbetrachtung der Finanzierungsarten vorgenommen.

Weiter Lesen: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/expertise-des-paritaetischen-berlin-staatliche-finanzierung-ueber-zuwendungen-und-entgelte>

- **Vorurteile gegen gerechte Sprache widerlegt**

Mit wenig Aufwand kann man so formulieren, dass Frauen nicht hinter dem generischen Maskulinum verschwinden und Texte verständlich bleiben.

Das zeigt eine Studie des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache. Das Forschungsteam hat dafür rund 260 Texte aus Magazinen, Zeitungen und von Nachrichtenagenturen analysiert, die zwischen 2006 und 2020 veröffentlicht worden sind. Die Fachzeitschrift «Nature» hat diese Studie über die deutsche Sprache auf englisch veröffentlicht.

- **Business as Usual, Karrierebremse oder "Karriere-Killer". Der Einfluss chronischer Erkrankungen auf den Erwerbs- und Einkommensverlauf - IAQ-Report 2022-07**

Die Diagnose einer chronischen Erkrankung führt bei einem Teil der Betroffenen zu teils deutlichen Einkommenseinbußen.

Ein Grund ist, dass eine chronische Erkrankung die Altersdynamik des Erwerbseinkommens abbremst, teilweise sogar zum Stillstand bringt.

Ein weiterer Grund ist ein erhöhtes Arbeitslosigkeits- und Erwerbsminderungsrisiko von chronisch erkrankten Personen.

Chronische Erkrankungen stellen ein ernstes Erwerbs- und Einkommensrisiko dar, weil sie in langer Sicht das Alterseinkommen negativ beeinflussen und somit das Risiko von Altersarmut erhöhen können.

Weiter Lesen: [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00076349](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00076349)  
IAQ-Report\_2022\_07.pdf

- **Der Staat als ‚Guter Auftraggeber‘: Herausforderungen und Strategien in der sozialverantwortlichen Vergabepaxis** IAQ-Report 2022-05

An öffentliche Auftraggeber richtet sich zunehmend die Erwartung, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten beauftragter Firmen zu gewährleisten. Zugleich müssen sie ein umfangreiches Korsett wettbewerbsrechtlicher Regelungen beachten. Zudem steigt der Anspruch an die Qualität der eingekauften Dienstleistungen.

Aus diesen widersprüchlichen Anforderungen erwachsen in der Vergabepaxis zahlreiche Konflikte und Herausforderungen, mit denen Kommunen unterschiedlich umgehen.

In den untersuchten Kommunen steht im Ergebnis von Lernprozessen zunehmend die Qualität der Dienstleistung im Vordergrund; die Arbeitsqualität wird bestenfalls als funktionale Voraussetzung dafür mitberücksichtigt.

Insgesamt bedarf es für eine sozialverantwortliche Vergabepaxis weiterer Reformen und infrastruktureller Unterstützung.

Weiter lesen: [https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00075972](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00075972)

- **Unsere Demokratie steht vor vielfältigen Herausforderungen: Vertrauensverluste in ihre Funktionsweise, ungleiche politische Teilhabe sowie eine zunehmende Polarisierung der öffentlichen Debatte. Das Ringen um gesellschaftliche Lösungen wird schwieriger.**

Wie können wir unsere repräsentative Demokratie unter diesen Bedingungen zukunftsfest machen? Welche Ideen und Innovationen können dabei helfen? Diesen Fragen widmen wir uns in einer Reihe von Online-Papieren aus verschiedenen Perspektiven.

Den Auftakt macht das *Policy Paper* „Demokratische Innovationen – Beteiligungsformen in Deutschland“. Prof. Dr. Brigitte Geißel und Felix Hoffmann von der Forschungsstelle Demokratische Innovationen der Universität Frankfurt beleuchten darin verschiedene Formate der Bürgerbeteiligung und analysieren deren Wirksamkeit und Inklusivität.

Können diese Beteiligungsansätze helfen, politische Teilhabe gerechter zu gestalten und die gesellschaftliche Spaltung zu verringern? Das Papier gibt einen Überblick über bereits praktizierte Beteiligungsformen und liefert konkrete Handlungsempfehlungen, z. B.

- Beteiligung ernst nehmen: Verfahren sollten nur durchgeführt werden, wenn die Ergebnisse Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- Kombination verschiedener Ansätze: Durch die Kombination verschiedener Formate können Menschen mit unterschiedlichen Beteiligungspräferenzen erreicht werden. Dialogorientierte und direktdemokratische Verfahren können kombiniert zu nachhaltigeren Lösungen führen.
- Institutionalisierung: Gesetzliche Rahmenbedingungen sind nötig, um Beteiligungsformate langfristig in politische Prozesse zu integrieren.

Weiter Lesen:

„Demokratische Innovationen – Beteiligungsformen in Deutschland“, Prof. Dr. Brigitte Geißel und Felix Hoffmann <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/21472.pdf>

- **Rückzug oder Engagement - Wie reagieren verschiedene Gruppen auf Diskriminierung?**

In einer Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) werden Reaktionsmuster auf Diskriminierungserfahrungen untersucht: sozialer Rückzug ist weit verbreitet. Dies trifft vor allem auf Frauen und TIN\* Personen (trans\*, inter\* und nichtbinäre), armutsbetroffene und behinderte Menschen zu.

Weiter Lesen <https://www.dezim-institut.de/publikationen/publikation-detail/rueckzug-oder-engagement-wie-reagieren-verschiedene-gruppen-auf-diskriminierung/>

- **Zusammenleben und Diskriminierung. Über Menschen in Deutschland**

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat in ihrer Reihe „einfach POLITIK“ ein Heft in einfacher Sprache über Diskriminierung in Deutschland herausgegeben.

WEITER LESEN <https://www.bpb.de/shop/materialien/einfach-politik/552089/zusammenleben-und-diskriminierung/>

- **Wie gut sind wir aufs Alter vorbereitet?**

Haben in Deutschland lebende Menschen ausreichend finanziell für das Alter vorgesorgt? Wie steht es um die Barrierefreiheit in ihren Wohnungen? Wie weit sind Patientenverfügungen, Vorsorgevollmachten und Betreuungsvollmachten verbreitet?

Die Lebenserwartung steigt und mit ihr die Jahre, die wir im Ruhestand verbringen. Und Menschen wünschen sich, diese Zeit sorgenfrei und aktiv verbringen zu können. Wie gut sie auf diese Lebensphase vorbereitet sind, wurde durch ein Team von Wissenschaftler\*innen des Deutschen Zentrums für Altersfragen mit Daten des Deutschen Alterssurveys untersucht. Dabei zeigen sich soziale Ungleichheiten zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen.

Weiter Lesen Die vollständigen Ergebnisse sind im aktuellen Datenreport nachzulesen: Bünning, M., Ehrlich, U., Lozano Alcántara, A., Nowossadeck, S., Romeu Gordo, L., & Spuling, S. M. (2023). Wie gut sind wir aufs Alter vorbereitet? In: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland (S.96–101). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. [www.sozialbericht.de](http://www.sozialbericht.de)

- **Studie: Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen**

Die Studie der EAF Berlin wurde im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) von Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Lisa Hempte und Dr. Helga Lukoschat durchgeführt. Sie untersucht

Zugangswege, Motivations- und Erfolgsfaktoren ebenso wie Barrieren und Hürden sowie Erwartungen und Bedarfe bezüglich der Ausführung eines...

Mehr lesen <https://www.eaf-berlin.de/was-uns-bewegt/news/artikel/studie-engagement-von-frauen-in-der-kommunalpolitik-in-sachsen>

- **Frauenrat fordert Koalitionspartner zu Zusammenarbeit für Gewaltschutz auf**

Am 6.11.2024 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das sogenannte Gewalthilfegesetz in die Ressortabstimmung gegeben. Es sieht einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt, den Ausbau des Unterstützungssystems und eine Bundesbeteiligung an der Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen vor. Der Deutsche Frauenrat begrüßt, dass dieses zentrale frauenpolitische Vorhaben endlich angegangen wird und appelliert an die Koalitionspartner, das Gesetz umgehend auf den Weg zu bringen.

Dazu sagt Sylvia Haller, Vorstandsmitglied im Deutschen Frauenrat: „Das Gewalthilfegesetz muss jetzt kommen. Es darf keinem Spardiktat und keinem Ampel-Streit zum Opfer fallen. Am Gewaltschutz zu sparen ist aus menschenrechtlicher Perspektive fahrlässig. Aus ökonomischer Perspektive ist es Nonsens, denn Gewalt kostet unsere Gesellschaft jährlich Milliarden, Gewalthilfe deutlich weniger. Die Frage an Herrn Lindner und Herrn Scholz ist doch: Was ist Ihnen der Schutz von Frauenleben wert?“

Seit Jahren steigt Partnerschaftsgewalt in Deutschland an. Die zunehmende Gewalt und der Hass gegen Frauen führten 2023 fast jeden zweiten Tag zu einem Femizid. Es fehlen rund 14.000 Plätze in Frauenhäusern. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung wird der Gewaltschutz auch von Teilen der Regierung weiterhin blockiert.

Der DF hatte sich bereits im Oktober in einem Brandbrief – <https://innn.it/stopptgewaltgegenfrauen> - gemeinsam mit Prominenten sowie Vertreterinnen von Polizei, Industrie, Arbeitgeber\*innen, Gewerkschaften und Fachverbänden an die Familienministerin, den Finanzminister und den Kanzler gewandt und sie dazu aufgefordert, den Gesetzgebungsprozess umgehend einzuleiten.